

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Kriegspreis: 30 Pf. für die 3 gepost. Postteile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Verbandstag unseres österreichischen Bruderverbandes.

Für den 18., 19. und 20. September hatten die österreichischen Kollegen ihren Verbandstag nach Wien in das Arbeiterheim „Favoriten“ berufen. Der erste Abend von 6 bis 9 Uhr war der Begrüßung gewidmet. Der Gesangverein des Wiener Städtischen Gaswerkes begrüßte die Versammlung mit einem stimmungsvollen Liedervortrag. Der Obmann, Kollege Weiß, stellte in seiner Begrüßungsrede fest, daß der Verbandstag in einer Zeit zusammentrete, in der alle Feinde in die österreichische Gewerkschaftsbewegung Bresche zu schlagen trachten. Darauf sei die Tagesordnung eingestellt. Neben dem Rückblick sei erforderlich, auch in die Zukunft zu schauen; die Organisation so zu gestalten, daß sie allen Stürmen gewachsen sei und den Kollegen Schutz und Schirm bietet. Darauf begrüßte Kollege Weiß die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland: vom Internationalen Fabrikarbeiterverband den Sekretär de Jonge (Amsterdam), für die holländischen Fabrikarbeiter van Leersum und Oosterhuis, für den dänischen Fabrikarbeiterinnenverband Alvilda Andersen und Laura Petersen, für den dänischen Fabrikarbeiterverband Nielsen und Gram, für den Chemischen Industriearbeiterverband Norwegen Nikol. Naeb, für den deutschen Fabrikarbeiterverband Brey, Thiernig und Otto Adler, für den Aussiger Verband der chemischen und Papierarbeiter John, für den tschechischen Verband der chemischen Arbeiter Martinek und Kocourek, für die schwedischen Fabrikarbeiter Söder, für die polnischen Fabrikarbeiter Jarek.

Von österreichischen Organisationen sind vertreten: der Bund der Freien Gewerkschaften durch Schorsch, der Parteivorstand durch Pölzer, die mit unserem Bruderverband kartellierten Verbände, die Lebensmittelarbeiter, die Baugewerkschaft und der Freie Gewerkschaftsverband durch Schmidt, Böhm, Wessely, Geiger und Weigl. Der Glasarbeiterverband hat Pipelka, der Bund der Industriangestellten Härtling entsendet.

Aus den Reden der Vertreter der österreichischen Gäste klingt der innere Kampf, der in Österreich zwischen der arbeitenden und der besitzenden Klasse und ihren Schutzbündeln tobt. Der Vertreter des freien Bundes der Gewerkschaften faßt die gegenwärtige Lage in folgenden Sätzen zusammen: Man will die Solidarität der Arbeiter brechen und Arbeiter gegen Arbeiter zum Angriff schicken. Die Heimwehren und die „unabhängigen“ Gewerkschaften wollen den Streikbruch in ganz Österreich organisieren. Wenn es auch mit dem Marsch auf Wien nicht Ernst sein wird, so wollen sie doch uns ununterbrochen provozieren, um uns einzuschüchtern. Die Arbeiterschaft läßt sich aber nicht provozieren und wird der Gewaltpolitik nicht weichen. In den Gewerkschaften müssen wir den Kampf gegen die „unabhängigen“ führen. Solange wir die Nerven behalten, können die anderen das Maul aufreißen, es wird ihnen nichts nützen. Wenn sie gegen uns marschieren werden, werden sie sehen, daß die Arbeiterfäuste härter sein können als die jener Herren Offiziere, die die Macher bei der Heimwehr sind.

Pölzer überbringt die Grüße des Parteivorstandes und der Wiener Organisation und sagt: Hier in Österreich, wo Partei und Gewerkschaften eins sind, kann uns nichts geschehen. Unser Angebot zum Abrüsten, das wir schon vor zwei Jahren gemacht haben, ist nicht angenommen und als Zeichen der Schwäche betrachtet worden. Wenn die Herren wollen, werden wir auch aufrüsten. Ich bin davon überzeugt: Kein Gewerkschafter wird zu Hause bleiben, wenn es gilt, die Interessen der Arbeiter ernsthaft zu vertreten. Mögen sich die auswärtigen Delegierten in Favoriten wohlfühlen; von fünf Menschen, denen sie in Favoriten auf der Straße begegnen, sind vier organisierte Sozialdemokraten!

Im Namen der Internationale und des holländischen Verbandes sprach Kollege de Jonge (Amsterdam). Er konnte mitteilen, daß die Internationale an Mitgliedern und Landesvertretungen gewachsen ist. In den letzten Jahren haben sich angeschlossen: England, Polen, Ungarn und Frankreich. Er wünscht, daß die österreichische Arbeiterschaft in dieser Sturm- und Drangperiode den Weg zu finden wissen wird, und daß Österreich das Land bleibe, in dem die Arbeiterbewegung ihre höchsten Triumphe feiert.

Der Kollege Brey begrüßte den Verbandstag im Namen unseres Vorstandes und der deutschen Kollegen. Die Treibereien der Heimwehr lösen bei

den Rechtsradikalen in Deutschland Verständnis und Freude aus. Daher sind wir im Geiste bei den Arbeitern in Österreich und wünschen euch aus vollem Herzen Sieg. — Es sprechen dann noch für die skandinavischen Verbände Nielsen, für den deutschen Verband in der Tschechei Julius John, für den polnischen Verband Karl Jarek, für den tschechischen Verband Martinek. Der Kollege Pipelka vom Glasarbeiterverband macht in seiner Begrüßung die Mitteilung, daß der Verband der Glasarbeiter sich mit dem Fabrikarbeiterverband verschmelzen werde.

Nach der Wahl einer Mandats- und Antragsprüfungskommission wurde die erste Sitzung geschlossen.

Aus dem Bericht des Verbandsvorstandes, der gedruckt vorliegt, ist zu ersehen, daß nach der Festigung der Währung eine schwere Krise hereingebrochen ist. Vorher schossen Werke und Unternehmungen wie Pilze aus der Erde. Diese krachten

**An die menschlichen Drohnen.**  
Arbeitsstage und -jahre, vergeudet für den Endzweck eines kurzen Glanzes oder Genußes, sind unerlässlich. Sie sind der begrenzten Arbeitsmenge der Welt entnommen, ihr Ergebnis ist dem kargen Ertrag des Planeten entzogen. An der Arbeit, die in unsichtbarer Verketzung alle leisten, sind alle berechtigt.  
Wirtschaftlich betrachtet ist die Welt, in höherem Maße die Nation, eine Vereinigung Schaffender; der Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staates, der Sittlichkeit und Menschheit.  
Walter Rathenau  
(Aus: „Von kommenden Dingen“, S. Fischer, Verlag, Berlin).

nun in großer Anzahl zusammen. Aber nicht nur diese von Kriegsgewinnlern hervorgerufenen Finanz- und Geschäftsunternehmungen fallierten, auch aus der Vorkriegszeit bestehende, gut fundierte, aber durch den Mangel an Krediten oder durch zu hoch verzinste Kredite ausgeblutete Industrie-Unternehmungen gingen zugrunde. Es folgte ein andauernder, ununterbrochener Abbau von Angestellten und Arbeitern. Dann folgten Umwälzungen auf technischem Gebiete. Eine starke Welle der Arbeitslosigkeit überflutete die Wirtschaft. Im Jahre 1925 waren über 49 000 in den zuständigen Betrieben beschäftigt. Im Jahre 1928 betrug die Zahl 39 456.

Entsprechend dem Rückgang der Zahl der Beschäftigten hat sich auch die Zahl der Mitglieder verringert. Die Zahlen waren

im Jahre 1925	39 144
im Jahre 1926	33 643
im Jahre 1927	35 249
im Jahre 1928	35 131

Obwohl ein Rückgang von 4013 seit dem Jahre 1925 zu verzeichnen ist, hat sich das Verhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten auf dem alten Stand erhalten. Es sind 88 Prozent der Kollegen organisiert; das ist die gleiche Verhältniszahl, die früher zu verzeichnen war. An Unterstützungen wurden von 1925 bis 1928 geleistet:

Arbeitslosenunterstützung	345 378 S. = 206 626 Mk.
Reiseunterstützung und Übersiedlungskosten	2 899 S. = 1 739 Mk.
Beerdigungskosten	33 042 S. = 19 825 Mk.
Streikunterstützung	157 876 S. = 94 726 Mk.
Außerordentliche Unterstützung	65 519 S. = 39 311 Mk.

Die Endsumme aller Unterstützung zuzüglich Rechtsschutz beziffert sich insgesamt auf 625 742 S. = 375 445 Mk.

Das Vermögen des Verbandes war am 31. Dezember 1924 891 706,52 S., am 31. Dezember 1928 2 807 239 S. Auf den Kopf: 1924 19,86 S., am 31. Dezember 1928 79,93 S. oder 48 Mk.

Mündlich fügt Kollege Weiß hinzu: Der Verband ist in allen Korporationen der proletarischen Organi-

sationen vertreten. Gegenüber dem Unternehmertum hat er sich Achtung verschafft. Es ist gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Über die gesetzlichen sozialen Bestimmungen hinaus sind Erwerbseigenschaften zu verzeichnen. Eine Weihnachtsvergütung ist vertraglich geregelt in der gesamten chemischen Industrie; in einigen Fachgruppen ist der Urlaub verlängert worden. In mehreren Fachgruppen wird ein Entgelt für den Urlaub gewährt. Eine Beitragserhöhung von 10 Groschen = 6 Pf. sei notwendig, um die Anträge des Verbandsvorstandes im Interesse der Mitglieder und die Bildungsarbeiten durchführen zu können. Halten wir zusammen wie seither, so wird der Verband in der Lage sein, die Heimwehr von den Betrieben unserer Organisation fernzuhalten.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt, daß auf dem Verbandstag 17 ausländische, 8 inländische Gäste, 112 Delegierte, 21 Mitglieder des Verbandsvorstandes, 9 Mitglieder der Kontrolle, 5 Mitglieder des Schiedsgerichts und 68 Gäste der Ortsgruppen anwesend sind.

Die Aussprache, die mit Leidenschaft und Energie geführt wurde, war eine sehr rege. Wie erklärlich, beherrschten die Kämpfe der Öffentlichkeit, hieben Arbeiter, drüben die Schutztruppe des Kapitalismus, darunter „Auch“arbeiter, dieselbe. Der Vorstand fand in seiner Tätigkeit durchaus Anerkennung. Die Kontrolle stellt fest, daß in der Verwaltung des Verbandes alles in bester Ordnung gefunden sei. Der Bericht über die Tätigkeit des Schiedsgerichts ergibt, daß in den letzten vier Jahren 55 Verhandlungen, zumeist Ehrenbeleidigungen, zu erledigen waren.

Ein Antrag des Vorstandes, die Teilnehmer der Kontrollkommission an dem Verbandstag auf zwei Vertreter zu beschränken, wird zurückgezogen. Im § 1 wird unter dem Zuständigkeitsgebiet das Wort Holz in Harz umgeändert. Den Gasanstalten wird hinzugefügt: Kohlenverflüssigungsfabriken. Im § 2 wird die Begrenzung des Sterbegeldes auf hundert Schilling gestrichen. Dem Zweck des Verbandes wird die Pflege der internationalen Solidarität der angeschlossenen Industrien hinzugefügt. Die Pflichten der Mitglieder werden dadurch erweitert, daß Arbeitslose einen vom Verbandstag zu bestimmenden Beitrag für die Zeit des Unterstützungsbezuges zu entrichten haben. Mitglieder des erweiterten Vorstandes werden nach Bedarf, aber mindestens einmal im Jahre zu einer Sitzung berufen. Die Vermögensbestände der Ortsgruppen werden als Bestandteile des Verbandsvermögens erklärt. Ein Antrag der Gaukonferenz in Graz, die Kassiererschädigung von 1,5 auf 2 Groschen zu erhöhen, begegnet sich mit einem gleichen Antrag des Vorstandes und gelangt zur Annahme. Die Höchstdauer der Bezugszeit für Arbeitslosenunterstützung beträgt nach zehnjähriger Mitgliedschaft 15 Wochen. Sie wird in Zukunft nach 15jähriger Mitgliedschaft 18 Wochen betragen; der Antrag: „Der Preis für ein Ersatzbuch wird von 60 Gr. auf einen Schilling erhöht“ wird angenommen. Ein Antrag Niklasdorf auf Errichtung von Schulungskursen wird dem Vorstand überwiesen. Anträge, die sich auf Einführung der obligatorischen Arbeitsvermittlung und Änderung der Gewerbeordnung beziehen, werden dem Vorstand und dem Gewerkschaftsbund überwiesen. Unter starkem Beifall des Verbandstages wird dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Den Bericht über Lohnbewegungen behandelt in einem zweistündigen Referat der Kollege Katzer: Lohnbewegungen hängen ab: erstens vom Beschäftigungsgrad der betreffenden Industrie; zweitens davon, ob die betreffende Industrie vorwiegend für das Inland oder für den Export arbeitet, und drittens von dem Stande und der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation. In Österreich sind die Verhältnisse besonders kompliziert. Nach dem Kriege ist es ein kleines Land geworden, aber die großen Betriebe sind ihm zum großen Teil erhalten geblieben, und es fehlt ihnen nun der Inlandmarkt, so daß sie sich auf Export- und Weltmarktkonkurrenz umzustellen gezwungen waren. Außerdem haben sich die Nachfolgestaaten durch Neuerrichtung eigener Betriebe selbständig zu machen getrachtet und schließen sich durch hohe Zölle ab. Deshalb bestehen für die Lohnbewegungen in Österreich sehr ungünstige Bedingungen. Nichtsdestoweniger könne man mit den erzielten Erfolgen zufrieden sein. Es seien Lohn erhöhungen von mehr als 19 Millionen Schilling erzielt worden. Auch bei diesem Punkt war

die Debatte streng sachlich, ohne Ausfälle gegen die Verbandsleitung.

Zu Punkt 4: Alters- und Invalldenversicherung des Verbandes, referiert der Kollege Kolb nach den Grundsätzen nachstehender EntschlieÙung:

„Der Verbandstag erachtet die Einführung einer Alters- und Invalldenunterstützung für die Mitglieder des Verbandes als eine unbedingte Notwendigkeit. Jedoch darf die Einführung dieses Unterstützungszweiges nicht die Kampf-fähigkeit des Verbandes beeinträchtigen. Die Mitgliedschaft des Verbandes darf durch die aus diesem Titel notwendige Erhöhung der Beiträge nicht eine derartige Verringerung erfahren, daß seine Eigenschaft als Kampforganisation beeinträchtigt werden könnte.

Der Verbandstag beschließt daher, den Verbandsvorstand zu beauftragen, nach dem Verbandstage eine Urabstimmung in den Betrieben durchzuführen, an welcher sämtliche Mitglieder des Verbandes teilzunehmen haben.

Im Falle, daß 90 Prozent der Mitglieder sich für die Einführung dieses Unterstützungszweiges aussprechen, unter Berücksichtigung des vom Verbandstage angenommenen Regulativs, wird die Verbandsleitung beauftragt, die Durchführung der Alters- und Invalldenunterstützung im Verbandsrat auf Grundlage dieses Regulativs in die Wege zu leiten.

Spricht sich jedoch die Mitgliedschaft in einem Prozentsatz von weniger als 90 Prozent für die Einführung der Alters- und Invalldenunterstützung aus, dann hat vorläufig der Verbandsvorstand den Auftrag, die Alters- und Invalldenunterstützung im Verbandsrat nicht einzuführen, jedoch innerhalb der nächsten vierjährigen Periode durch zielbewußte Aufklärung der Mitglieder eine Änderung der Einstellung derselben im Interesse der Alters- und Invalldenversicherung zu erzielen.

In diesem Falle wird er beauftragt, vor dem nächsten Verbandstag neuerlich eine Urabstimmung über dieses Thema rechtzeitig durchzuführen und im Falle einer 90prozentigen Annahme durch die Mitglieder dem 11. Verbandstag ein den jeweiligen Verhältnissen entsprechend abgeändertes Regulativ zur Annahme zu empfehlen.“

Die Lösung dieses Problems ist hinausgeschoben. Es befaßt sich auch der Gewerkschaftsbund mit der Angelegenheit, der als Dachorganisation die Invalldenversicherung betreuen will, aber noch der Vorbereitung bedarf. Bei der bislang üblichen Beitragsleistung wird die Einführung unmöglich sein.

In der Nachmittagssitzung am Freitag sprach der Genosse Otto Bauer über Punkt 5 der Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage. Wenn man die Gegner beobachte, so höre man immer, der Krieg der Heimwehr sei der Krieg gegen den Krieg, gegen den Terror in den Betrieben. Es sei unerträglich geworden, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die restlose Organisation der Arbeiter anstrebe. Von diesem Zwänge müsse der Arbeiter befreit werden. Der Kampf gegen den Terror sei ein Kampf für die Freiheit des einzelnen Arbeiters. So kämpften heute die Männer aus Industrie, Finanz und Wirtschaft, die in ihren Trusten, Kartellen und Syndikaten jeden niederringen, der sich ihrem Preis- und Herstellungsterror nicht fügt, für die „Freiheit der Arbeiter“. Sie meinen ihre eigene Freiheit der schrankenlosen Ausbeutung. Ihr Ziel ist die Zerschlagung der Gewerkschaften. Der Vortrag wurde ohne Aussprache mit minutenlangem Beifall entgegengenommen. Ebenso löste die einstimmig angenommene EntschlieÙung begeisterten Beifall aus.

„Die am Verbandstag der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Österreichs teilnehmenden Delegierten und Gäste protestieren gegen die Umtriebe der in den Heimatschutzverbänden vereinigten reaktionären Organisationen, die republikanische und demokratische Verfassung Österreichs und die freien Gewerkschaften zu zerstören.

Sie erklären mit Begeisterung und im vollen Bewußtsein der Tragweite ihrer Entschlüsse, den Kampf gegen diese reaktionären faschistischen Gewalten mit allen Mitteln zu führen und im Notfalle mit Leib und Leben die politischen und sozialpolitischen Errungenschaften des österreichischen Proletariats zu verteidigen.

Kampflös wird es in Österreich keinem Gegner der Arbeiterbewegung gelingen, das allgemeine Wahlrecht unwirksam zu machen, Wien, das heute von den Vertrauensmännern des Proletariats regiert wird, seiner Autonomie zu berauben, die in schweren Kämpfen erworbenen Gesetze, wie Achtstundentag, Arbeiterurlaub, Betriebsrätesystem, Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung und Koalitions-gesetz abzuschaffen und die Arbeiter in die gelbe, sogenannte „unabhängige“ Verrätergewerkschaft zu pressen.“

Es folgte ein glänzendes, als Gelöbniß für die EntschlieÙung anzusehendes Schlußwort des Vorsitzenden Kollege Weiß.

Beim Punkt Wahlen wurde Kollege Weiß in besonderem Maß einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Ebenso erfolgte einstimmig die Wahl der übrigen Funktionäre per Akklamation.

Im Auftrage der ausländischen Vertreter sprach Kollege Brey seine Anerkennung für die in kurzer Zeit in sachlicher Beratung geleistete Arbeit des Verbandstages aus. Er sprach den Dank aus an die Verbandsleitung und an die Wiener Kollegen für die erwiesene Gastfreundschaft. Das Lied der österreichischen Arbeiterschaft „Die Arbeit hoch“ und ein herzliches gegenseitiges „Freundschaft“ beschloß den Verbandstag. Am Sonntagabend wurde den Verbandstagsteilnehmern in einer Autorundfahrt das rote Wien gezeigt. Der Sonntag vereinte die ausländischen Delegierten, soweit sie noch anwesend waren, zu einem Ausflug nach dem Semmering und der Rax.

### Kommunistische Ehrabschneider entlarven sich selbst.

Von J. Fischer, Merseburg.  
Es gibt Menschen, die sind dumm genug, sich selbst zu denunzieren, und niederträchtig genug, andere dann des Verrats zu bezichtigen.

Diese Worte sind längst zur Kennzeichnung kommunistischer Eigenschaften geworden. Das zeigen auch die Vorgänge, die sich neuerdings in den Leunawerken abgespielt haben und in den nächsten Wochen vielleicht einen tragischen Abschluß finden. Der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende und Reichstagsabgeordnete Schmitt soll abgesetzt werden. Die Werksleitung des Ammoniakwerks Merseburg-Leuna hat einen Antrag auf Amtsenthebung dieses Arbeiterratsvorsitzenden bei dem Arbeitsgericht gestellt, weil Schmitt angeblich seine Pflichten in der größtmöglichen Art verlehrt habe. Es ist der Werksleitung gelungen, einen ganzen Berg von Material gegen Schmitt zusammenzutragen. Die Hauptpunkte, die angeführt werden, sind folgende:

1. In der kommunistischen Tageszeitung in Halle erschien im Mai d. J., also unmittelbar vor dem Abschluß unserer

### Die

Kommunalwahlen, die im Herbst stattfinden, fordern auch dich zur Beteiligung auf. Nicht nur bei den Wahlen in die großen Parlamente kannst du deine staatsbürgerlichen Rechte ausüben und für deine Interessen die geeignete Vertretung wählen, auch bei den

### Kommunalwahlen

sollst du deine Stimme nur der Partei geben, die wirklich und erfolgreich Arbeiterinteressen vertritt. Du mußt zu deinem Teil mit dafür sorgen, daß in deinem Wohnorte eine sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindeverwaltung bestimmenden Einfluß hat. Das wird allerdings nicht

### gehen

wenn du bei den Kommunalwahlen teilnahmslos beiseite stehst und die Zusammensetzung deiner Gemeindevertretung oder deines Stadtparlamentes für gleichgültig ansiehst. Die Wirtschaftsweise der Gemeinde, in der du wohnst, ist doch

### auch

für dich von größter Wichtigkeit. Es wird in den Rathäusern doch auch über die Verwendung deiner Steuerergötzen beschlossen. Die vielen sozialen Angelegenheiten, die deine Gemeinde selbständig zu regeln hat, können auch für

### Dich

und deine Familie von einschneidender Bedeutung sein. Darum Sorge für eine sozialdemokratische Mehrheit in deiner Gemeindevertretung und in deiner Stadtverordnetenversammlung. Die Kommunalwahlen gehen auch dich

### an!

Lohnkämpfe, ein Artikel, der die Arbeiterschaft der Leunawerke aufforderte, den Gewerkschaften die Gefolgschaft zu versagen, sich eigene „Kampfleitungen“ zu wählen, den Parolen der kommunistischen Partei zu folgen und den politischen Machtkampf anzunehmen. Dieser Artikel war von Schmitt gezeichnet. Die Werksleitung zog auf Grund dieses Artikels damals Schmitt zur Verantwortung. Schmitt erklärte, daß er irrtümlicherweise als Schreiber dieses Artikels angegeben sei und daher mit den Schlußfolgerungen — das würde also bedeuten: mit den kommunistischen Parolen — nichts zu tun habe. Er erklärte sich ferner bereit, in der Zeitung eine Berichtigung in diesem Sinne zu bringen. Die Zeitung war nun in der fraglichen Zeit verboten, so daß Schmitt diese Berichtigung nicht sofort bringen konnte, und nach Wiedererscheinen der Zeitung hat er es trotz seiner Erklärung unterlassen.

2. Wird Schmitt zum Vorwurf gemacht, daß er in öffentlichen Versammlungen wiederholt seine Pflichten als Arbeiterratsvorsitzender verlehrt habe.

3. Wird weiter gegen Schmitt der Vorwurf erhoben, daß er als Vorsitzender in der Arbeiterratsitzung eine absolut politische EntschlieÙung gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung einbrachte und annehmen ließ. Daß er weiter eine Vertrauensumgebung für den kommunistischen Landtagsabgeordneten in der Arbeiterratsitzung veranstaltete.

4. Wird schließlich Schmitt beschuldigt, er habe einen Arbeiter, der infolge der Umstellung zur Entlassung gekommen sei, angefordert, in der Kantine gegen seine Entlassung zu sprechen und damit demonstrativ gegen die Firma zu wirken.

Schmitt befindet sich also in einer recht unangenehmen Situation. Statt nun alle Möglichkeiten zu erschöpfen und alles zu tun, um den Angriff der Werksleitung abzuwehren, richtet sich die ganze Aktivität dieser Leute wieder einmal gegen die Gewerkschaften und deren Vertreter. Für diese Menschen genügt es einfach, daß die Werksleitung Material hat und nun mit kühler Berechnung und ganz geschäftsmäßig

dieses Material gegen die Arbeiterschaft ausnützt, um daraus zu konstruieren, daß nur die Sozialfaschisten und die freien Gewerkschaften dieses Material geliefert haben müssen. Dabei kann das Unternehmertum kaum eine bessere Quelle zu ihrer Information finden als die kommunistische Presse mit ihren Phrasen und Pfeifartikeln. Zeigt doch schon der erste Punkt, den die Firma ins Feld führt, daß es die kommunistische Presse selbst ist, die Schmitt ans Messer lieferte. Und die erbärmliche und klägliche Erklärung Schmitts, ich habe nichts damit zu tun, und das ist ein Irrtum usw., ist wahrhaftig nicht geeignet, den revolutionären Elan dieser Leute allzu hoch einzuschlagen. Warum denn erst so großmäulig schreiben und dann so feige kniefen? Das ist es ja, was die Unternehmer immer proziger werden läßt. Was uns nun aber so besonders interessiert, ist die vom Unternehmer zuletzt erhobene Beschuldigung.

Wenn es wirklich zutreffen sollte, daß Schmitt als Arbeiterratsvorsitzender den entlassenen Arbeiter aufgefordert hat, in der erwähnten Form gegen seine Entlassung in der Kantine zu sprechen, dann wäre das ein Verbrechen. Denn ohne der Sache im geringsten zu nützen, hätte der Arbeiter dabei alles verspielt. Noch ist es nicht erwiesen, wie die Dinge sich abgespielt haben. Nach den bis zur Stunde gemachten Feststellungen, soll der entlassene Arbeiter zu Schmitt gekommen sein, um gegen seine Entlassung Einspruch zu erheben. Schmitt soll nun dem Arbeiter gesagt haben: Da ist nichts weiter zu machen. Aber du kannst gegen deine Entlassung in der Kantine sprechen und Alarm schlagen! Der Arbeiter erzählte diesen Vorgang einem Funktionär des Metallarbeiterverbandes im Werkraum, so daß es nicht ausgeschlossen war, daß auch fremde Ohren, für die das Gespräch nicht bestimmt war, davon hörten. Die ganze Geschichte verbreitete sich in der Fabrik, und schließlich wurde der Metallarbeiterfunktionär, der entlassene Arbeiter und einige andere, darunter auch kommunistische Arbeiterratsmitglieder, zur Abklärung der Arbeiterangelegenheiten, also zur Werkleitung gerufen und über den Vorgang vernommen. Daraufhin wurde von der Firma die erwähnte Anschuldigung gegen Schmitt erhoben. Was machen nun die Kommunisten aus der Sache? In einem Spitzenartikel und in einem Flugblatt, mit der Überschrift: „SPD-Spitzel im Leunawerk!“ wird, unter anderem geschrieben:

Doch am schmutzigsten war das Verhalten der Sozialdemokraten im Falle der Behauptung eines Leuna-Spitzels. Einem gewissen Alfred Göß aus Naumburg soll Genosse Heinrich Schmitt im Betriebsratsbüro gesagt haben, er solle doch gegen seine Entlassung in der Kantine sprechen.

Dieses Märchen band der Göß zunächst dem sozialdemokratischen Spitzenfunktionär Juch aus Weiskensfeld, der im Bau 201 arbeitet, auf. Dieser rannte sofort zu Walter und Lenhagen, den D.M.V.-Bonzen, und beriet mit ihnen, wie man daraus Schmitt einen Strich drehen könne.

In ihrem Einverständnis ging Juch zur Werkleitung und spielte so den Mittelsmann des Spitzels.

Diese Anschuldigungen sind so ungeheuerlich, daß sie nicht unwiderprochen bleiben konnten. Der Betriebsrat und jeder ehrlich denkende Arbeiter hatten nun die Pflicht, die Dinge einwandfrei zu klären. Die in der kommunistischen Presse und durch ein Flugblatt beschuldigten Kollegen beantragten in der nächstfolgenden Betriebsratsitzung gegen sich selbst eine Untersuchungskommission, die rückhaltlos feststellen, Jengen vernehmen und gründlich untersuchen sollte, wie die Sache war. Es wurde vorgeschlagen, eine Kommission zu bilden, die sich aus zwei Kollegen der Amsterdamer Richtung, aus zwei Kollegen der Opposition (Kommunisten) und einem Angestellten als unparteiischen Vorsitzenden zusammensetzen sollte. Was machten nun die Kommunisten? Sie lehnten geschlossen diesen Antrag ab und Schmitt erklärte im Namen der kommunistischen Betriebsratsmitglieder, daß sie an einer solchen Untersuchungskommission und an einer solchen Untersuchung kein Interesse hätten. Die Geschichte würde ja bei den Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht geklärt und das genüge ihnen. Im übrigen sei der Meinung, daß die Sache ja nie einwandfrei und vollkommen geklärt werden könne, das sei unmöglich.

Hiermit haben sich wieder einmal die Ehrabschneider selbst entlarvt. In der Presse und draußen vor den Arbeitern stellt man die tollsten Behauptungen auf, und dann, wenn man Rede und Antwort stehen soll, sagt man, das wird sich nie klären lassen, das ist unmöglich. Schmitt sagt also, daß man auch nicht den geringsten Beweis für die in der kommunistischen Zeitung erhobenen Behauptungen erbringen kann. Aber diese Ehrabschneiderei wird zur Methode, wenn man darüber hinaus überhaupt eine Untersuchung ablehnt. Man wünscht also gar nicht, daß vielleicht doch noch einige Tatsachen bekannt würden, und man beruft sich dabei auf das Arbeitsgericht, das ja die Geschichte klären würde, um — später dann von einem Klassengericht zu sprechen. So sehen sie also aus, diese Verleumder, erst verleumben, und dann eine proletarische Untersuchung verhindern und unterdrücken. Ach, diese Helben treiben ihr Handwerk so kümperhaft, daß es in der Tat nicht schwer ist, sie immer wieder in ihrer eigenen Schlinge zu fangen. Die freigewerkschaftlichen Vertreter haben es sich nun allerdings trotzdem, oder besser gesagt, gerade deswegen, nicht nehmen lassen, ihrerseits eine Untersuchungskommission einzusetzen. Was diese feststellen wird, ist wohl nicht schwer voranzujagen: Man wird feststellen, was der Volksmund ganz richtig sagt: „Lügen haben kurze Beine!“

Darüber hinaus hat die ganze Geschichte aber noch eine Bedeutung. Man gibt wieder einmal dem Unternehmertum die Gelegenheit, ein Tendenzurteil gegen die Betriebsräte

überhaupt zu fällen. Man gibt die Möglichkeit, auf dem Wege des Disziplinarverfahrens gegen Vertreter der Arbeiter vorzugehen. Es besteht die Gefahr, daß ein Urteil entsteht, das bei den verschiedensten Situationen für die Betriebsräte seine Auswirkung, finden wird. Und diese ganze Lumperlei, die so manchem Kollegen seine Arbeitsstelle kostet und noch dazu den Unternehmern die Position stärkt, wird gemacht, weil man Verräter entlarven will wo keine sind.

### Werks-Siedlungspolitik im südöstlichen Bayern.

Die in den zwei letzten Jahrzehnten am Inn, an der Alz und an der Salzach errichteten Werke der chemischen Industrie wurden in eine rein ländliche Gegend gestellt. Industrie irgendwelcher Art war vorher nicht vorhanden. Die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte war nicht leicht. Noch schwieriger war die Unterbringung. Werkswohnungen wurden errichtet, allerdings nur in beschränktem Umfang. Man schuf Unterkunftsbedingungen für die unentbehrlichsten Arbeitskräfte (Handwerker, besonders tüchtige Betriebsarbeiter). Für die Unterbringung der anderen in Werkswohnungen bestand kein Interesse. Da Wohnungsnot und weite Wege zu den Fabriken die Erstellung neuer Wohnungen dringend erfordern, geht man andere Wege.

Die Wackerwerke in Burghausen gewähren Werksangehörigen zu verzinsende Baudarlehen, die in wöchentlichen Raten vom Lohn abgezogen werden. Die näheren Bedingungen sind in einem notariellen Vertrag (Hypothek) niedergelegt. Keiner der Arbeiter, die wir fragten, kannte den Inhalt dieses Vertrages. (Jeder Eigenheimhaber kann auf seine Kosten vom Notar Abschrift des Vertrages einfordern. Die Red.) Keiner weiß, was wird, wenn er eines Tages freiwillig oder unfreiwillig aus der Fabrik ausscheidet oder wenn er aus irgendeinem Grunde längere oder kürzere Zeit nicht im Betrieb arbeiten kann (Streik, Aussperrung, Unterbrechung des Betriebes durch Naturgewalten wie Kanalbruch 1924). Keiner weiß, in welche Lage seine Familie im Falle seines Todes gerät. Leichtsinziger sind von Arbeiterseite wohl selten Verträge abgeschlossen worden. Der Betriebsrat wurde beim Abschluß der Verträge nicht zur Mitwirkung herangezogen. Der Lohnabzug verstoßt u. E. gegen gesetzliche Bestimmungen (Lohnbeschlagnahmegesetz, Lohnpfändungsverordnung). § 15 Abs. 2 der Gewerbeordnung kann hier keine Anwendung finden. Wenn es auch in erster Linie Sache der Firma gewesen wäre, die allgemein bekannten Lohnschutzbestimmungen zu beachten, so kann doch den in Frage kommenden Arbeitern der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie ohne jede Erkundigung zugestimmt haben. Sie dürfen sich nicht wundern, daß, wenn sie selbst die zu ihrem Schutze geschaffenen Gesetze mißachten, wenn sie selbst die Bestimmungen der Gewerkschaften auf Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung durchkreuzen, jede Verbesserung außerordentlich erschwert, wenn nicht gar auf lange Zeit verhindert wird.

Anders verfahren die Aluminiumwerke in Ebging. Dort erfolgte die Gründung der Siedlungsgenossenschaft Hefschelden. Dem Betriebsrat wurden im Januar 1927 Bedingungen für die Hergabe von Baudarlehen an Werksangehörige durch die Firma vorgelegt. Nach diesen Bedingungen können Darlehen bis zu 3000 Mark gewährt werden, wenn 1. ein Staatszuschuß sichergestellt ist oder die gleiche Summe vom Siedler beigebracht wird und 2. der Siedler außerdem sich mit wenigstens 1500 Mark in bar oder durch in der Genossenschaft zu leistende Arbeit beteiligt (§ 2). Diese Darlehen sind zinslos — bei Lösung des Arbeitsverhältnisses kann Reichsbankdiskontofuß verlangt werden — und werden nach dem Staatszuschuß als erste Hypothek eingetragen werden (§ 3). Das Darlehen kann von der Firma mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden, wenn a) der Schuldner (Siedler) das Grundstück ohne Genehmigung der Firma ganz oder teilweise an eine Person, die nicht in den Diensten der Gläubigerin (Firma) steht, veräußert, vermielet oder verpachtet; b) der Schuldner freiwillig das Arbeitsverhältnis löst — ausgenommen in den Fällen der § 124 G.O., 626 BGB., und 70, 71 HGB. — oder die Gläubigerin das Arbeitsverhältnis auf Grund der § 123 G.O., 626 BGB., 70, 72 HGB. kündigt; c) im Falle des Todes des Siedlers die Ehefrau oder Kinder das Haus ganz oder teilweise ohne Genehmigung an Nichtwerksangehörige vermieten oder sonst überlassen, oder andere Erben als Ehefrau oder Kinder Eigentümer werden; d) nach dem Tode des Siedlers die Ehefrau wieder heiratet (§ 4). Dem länger andauerndem Arbeitsverhältnis ist die Firma bereit, das Darlehen zu erlassen, und zwar nach 5 Jahren Dienstzeit (gerechnet vom Baubeginn) 25 Prozent, in den weiteren 5 Jahren Dienstzeit je 5 Prozent und in den letzten 5 Jahren je 10 Prozent. Bedingung für den Erlaß ist, daß nicht während der dem Erlaß folgenden Jahre das Grundstück ohne Genehmigung der Firma an Nichtwerksangehörige verkauft, vermietet oder verpachtet wird. Bei Zuwiderhandlungen lebt der bereits erlassene Teil der Hypothek wieder auf (§ 5). Hinter dem Vorkaufsrecht des Staates wird daselbe der Firma eingeräumt (§ 6). Im Falle des Todes des Siedlers besteht, solange die Ehefrau oder Kinder Grundeigentümer sind, für die Firma kein Kündigungsrecht, es sei denn, daß die neuen Eigentümer das Grundstück nicht selbst bewohnen oder es an Nichtwerksangehörige ganz oder teilweise vermieten oder sonst überlassen.

Diese Bedingungen haben zweifellos etwas außerordentlich Verlockendes an sich. Bietet doch der § 5 die Möglichkeit, ein Haus zu einem guten Drittel, wenn nicht gar zur Hälfte geschenkt zu bekommen. Trotzdem konnte sich die Betriebsvertretung nicht entschließen, solchen Bedingungen ihre Zustimmung zu geben. Und die Organisation hat in verschiedenen Versammlungen ausdrücklich vor Annahme eines Baudarlehen mit Erfolg gewarnt. Nur wenige Arbeiter haben geglaubt, sich darüber hinwegsetzen zu können. Unsere Warnungen gründeten sich nicht nur auf die Tatsache, daß es aus gesundheitslichen Gründen nur einem kleinen Teil Arbeiter möglich sein wird, die verlangten 5 bis 15 Dienstjahre (immer vom Baubeginn gerechnet) zusammenzubringen. Hat der Besitzer eines solchen Eigenheims andere Werksangehörige in der Wohnung und das Arbeitsverhältnis dieser Mieter wird aus

irgendwelchen Gründen gelöst, dann muß der Besitzer entweder den Mieter samt seinen Angehörigen auf die Straße setzen oder die Hypothek wird ihm gekündigt. Tut er das erstere, so verfeindet er sich mit seinen bisherigen Arbeitskollegen und bringt sich unter Umständen auch noch die Gemeinde auf den Hals, die die ohne Wohnung dastehende Familie unterbringen muß. Kündigt er solchen Mieter nicht, so wird ihm die Hypothek gekündigt und er ist nicht nur sein Eigenheim los, sondern auch die von ihm in bar oder in Arbeitsleistung hineingesteckten 1500 Mark. Wie leicht ein Fall eintreten kann, der zur risikolosen Entlassung und damit wieder zur Kündigung der Hypothek berechtigt, weiß jeder Arbeiter und jeder, der solche Fälle zu vertreten hat, zur Genüge. Da in diesen Eigenheimen ständig Mieter sind, schweben der Siedler sowohl als auch im Falle seines Todes seine Angehörigen dauernd in der Gefahr, das Haus zu verlieren. Nicht unwesentlich aber für unsere Ablehnung ist die Tatsache, daß die Arbeiterchaft sich mit der Annahme solcher Bedingungen in die völlige Abhängigkeit eines Werkes begibt. Jeder Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse wird damit illusorisch gemacht. Das Umsehen um eine bessere Arbeitsstelle ist erschwert, weil mit dem Antreten dieser Arbeitsstelle die Kündigung der Hypothek erfolgen kann. Durch die Kündigung von Mietern durch die Be-

### Sie reden von der Not der Wirtschaft

und bewilligen sich Lanflemen, die in die Hunderttausende gehen. Sie predigen dem Arbeiter Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in seiner Lebenshaltung und geben Zehntausende für ein Festessen aus. Sie wollen die Notwendigkeit der Arbeitsaufsicht begründen, um die Leistung des Arbeiters zu steigern. Für sich und ihre Ständesgenossen brauchen sie aber keine Aufsicht, um — wie beim Frankfurter und beim Raiffeisen-Skandal — ungeförter Millionen auf Millionen verpulvern zu können. Den Arbeitern will man die Arbeitslosenunterstützung als „unverdiert“ kürzen und am liebsten ganz entziehen. Wofür bekommen die sogenannten Aufsichtsräte ihre schweren Lanflemen? Es wird Zeit, daß die Arbeiterchaft diesen Wirtschaftsführern die Wirtschaftsführung abnimmt. — Stärkt die freien Gewerkschaften! Werbt für euren Verband!

sther solcher Heime wird ein Keil in die Arbeiterchaft hineingetrieben, der eine Uneinigkeit erzeugen muß, die sich zum Schaden der Arbeiterchaft selbst auswirken muß.

Wie recht wir mit unserer Warnung hatten, zeigt folgender Vorfall. Ein verheirateter Arbeiter, der in einem solchen Eigenheim von seinem Kollegen eine Wohnung gemietet hat, wurde im Sommer entlassen. Kurz danach erhielt der „Besitzer“ dieses „Eigenheimes“ von der Firma die Aufforderung, dem entlassenen Arbeiter die Wohnung zu kündigen, was er wohl oder übel tun mußte. Der Entlassene, der seinem Arbeitskollegen keine Schwierigkeiten bereiten wollte, versuchte, eine andere Wohnung zu erhalten. Das geht jedoch nicht so schnell. Nun hat sein Haus „herr“ die Mitteilung erhalten, daß er die Freimachung der Wohnung sofort zu veranlassen hat, widrigenfalls die Kündigung erfolgt. Wenn der Vermieter nun nicht das Haus verlieren will, taucht sofort die Frage auf, wo er das Geld so schnell hernehmen soll, um mit seiner Familie nicht obdachlos zu werden. Er muß also seinen „böswilligen“ Mieter samt seiner Familie mit Hilfe des Gerichtsvollziehers zwangsweise ausquartieren.

Gewerkschaftskollegen, laßt euch dieses Beispiel zur erneuten Warnung dienen! Haltet euch unabhängig von den Betrieben. Diese Unabhängigkeit ist zur Verbesserung eurer Lage dringend erforderlich. Auf alle Fälle aber nehmt die Rechtsberatung eures Verbandes in Anspruch, bevor ihr von den Werken Baudarlehen annehmt, damit ihr vor Schaden bewahrt werdet. A. Meyer.

### Geistiger Bankrott der kommunistischen Presse.

Kürzlich brachte die ehrenwerte kommunistische Presse die Nachricht, der Fabrikarbeiterverband besitze für drei Millionen Mark Industrieaktien. Der kommunistische Taschenpieler hat einfach das Wort „Effekten“ verschwinden lassen und dafür das Wort „Industrieaktien“ gesetzt. Diese Kunst kann nur erlernen, wer mit guten Eigenschaften nicht beschwert ist. Kurze Zeit darauf brachte die „allgemein geachtete“ kommunistische Arbeiter-Zeitung in Mannheim — die Schlaueste von allen — die alte Neuigkeit von den 118 Millionen Mark Reingewinn der Isgag. Aber nun kommt in fettem Druck das, worauf es dieser Presse ankommt: Der Fabrikarbeiterverband hat von diesen 118 Millionen Mark Reingewinn fünf Millionen Mark Dividende erhalten. Da nun die Isgag im Jahre 1928 eine Dividende von 12 Prozent verteilt hat, muß der Aktienbesitz des Fabrikarbeiterverbandes über 42½ Millionen Mark betragen. Da haben wir den ganzen Wahnsinn kommunistischer Pressepraktiken. Von List und Schlaueit ist da allerdings nichts zu merken. Da könnte man auch fragen: Welcher Esel hat denn das geschrieben? Freilich, den Seinen gib's der Herr im Schlafe.

Nun scheint den kommunistischen Pressemenschen doch eine Dämmerung gekommen zu sein. Sie haben gemerkt, daß sie sich in ihrem Eifer, andere zu verleumden, verhasen haben. Schließlich merkt auch der Dämmste, daß da etwas nicht stimmen kann. Kleintaut mußte der kommunistische Redaktionsgewaltige eine Richtigstellung bringen, daß er die Unwahrheit gesagt habe. Der Fabrikarbeiterverband habe nicht fünf Millionen Mark Reingewinn als Dividende erhalten, sondern er habe nur fünf Millionen Mark Aktienbesitz.

Und nun, ihr sehr geehrten Herren Kollegen, die wir unter gewissen Umständen auf unseren schönen Beruf stolz sein können, sei euch gesagt: Alle drei Darstellungen über die Höhe des Aktienbestandes sind aus nicht ganz sauberen Fingern gelogen.

Eine ganz hervorragende geistige Leistung sei hier festgehalten, die über die Fähigkeiten kommunistischer Redakteure, aber das im heutigen Klassenkampf vor sich gehende Gegenpiel der Parteien ein logisches Urteil zu fällen, Aufschluß gibt. Es heißt in der Arbeiter-Zeitung vom 23. September 1929 wörtlich:

„In der Generalversammlung schweben die Aktionäre des FAW, billigten, billigten die gewesene und kommende Ausbeutung und steckten dafür einen Gewinnanteil von 5 Millionen aus den Knochen der Arbeiter ein.“

Also, der Fabrikarbeiterverband mit seiner Anwesenheitsakte hat es fertiggebracht, den Chemieherren fünf Millionen Mark Gewinn zu entreißen und dem Verbannde zu Kampf- und Unterstützungsziwecken zuzuführen. Das ist ein Verrat, sagen die KP-Disten, diese fünf Millionen Mark gehören den Kapitalisten. Folglich, wenn wir einmal den ganzen Mehrwert, der heute den Arbeitern abgenommen und unter die Kapitalistenbesitzer und Zirkulationsagenten aufgeteilt wird, der Arbeiterchaft bzw. der Gesamtheit zuführen, so ist das ein noch viel größerer Verrat, als wenn wir den Chemieherren bloß fünf Millionen Mark abknöpfen könnten. Heilige Einfalt. Wer leht denn Menschen, die so krauses Zeug schreiben, in die Redaktionen der kommunistischen Zeitungen. Die ganze Aufmachung der kommunistischen Presse in der Aktienangelegenheit ist rein auf die Wahrnehmung der kapitalistischen Interessen zugeschnitten. Ihnen allein soll der Mehrwert, der ganze Reingewinn erhalten bleiben. Und wer den Kapitalisten etwas vom Gewinn zugunsten der Arbeiterchaft entreißen will, der bekommt es mit der kommunistischen Presse zu tun.

### Ein Beitrag zum Bedaux-System.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß alle Industriellen ein besonders mitfühlendes Herz für das Wohlergehen ihrer Arbeiterchaft besitzen. Sie lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, dies auch vor aller Öffentlichkeit zu zeigen. Der Herr Kommerzienrat und Fabrikdirektor Dr. Jöllner, seines Zeichens Porzellanfachmann, Wirtschaftler, Politiker, Dichter und Schriftsteller, hat sogar kürzlich ein Kochbuch geschrieben und in den Vertrieb gebracht, woraus man erfieht, was für Sorgen ein Unternehmer hat. Nun hat er die Belegschaft seines Betriebes mit einer besonders großartigen Überraschung beglückt. Es handelt sich um die Einführung des Bedaux-(Bedo)-Systems, einer in Deutschland fast unbekanntem Arbeitsmethode, die nur in zwei Betrieben in Hannover durchgeführt ist. Dieses System ist aufgebaut auf Bedaux-Punkten, in denen die Arbeitsleistung mittels einer Stoppuhr errechnet wird, eine ganze Anzahl von Einzelheiten wie Arbeit, Pause usw., ungefähr 25 an der Zahl, sind in einem solchen Bedaux-Punkt vereinigt. Wenn auch über die praktische Durchführung dieses Systems noch recht wenig bekannt ist, so steht doch fest, daß es sich bei der ganzen Sache nur um eine Steigerung der Arbeitsleistung dreht, man will Höchstleistungen erzielen. Dieses Arbeitssystem stammt keineswegs aus Amerika, ist aber auch nicht neu. Der Propagandist desselben war ein Franzose Namens Bedaux. Es mutet fast lächerlich an, wenn man hört, daß seit dem 17jährigen Bestehen dieses Systems in Frankreich, England, Amerika und Deutschland nur ungefähr zweihunderttausend Arbeiter mit demselben beglückt sind. Der Sitz der Bedaux-Gesellschaft ist in Deutschland Hannover, von wo sie ihre „Ingenieure“ für Propaganda und Einführung den Betrieben gegen hohe Bezahlung zur Verfügung stellt. Als besonderer Köder wird der Arbeiterchaft vor Augen gehalten, daß die Einführung dieses Systems zugleich eine bedeutende Erhöhung der Löhne mit sich bringe, als Beweis dafür werden die Betriebe angeführt, welche unter diesem System arbeiten. Nun ist allerdings Tatsache, daß dort unter höchster Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft Mehrverdienste erreicht werden, dabei aber wird verschwiegen, daß die Einführung des Bedaux-Systems mit einer 10- bis 15prozentigen Entlassung der Arbeiter in solchen Betrieben verbunden ist. Der Betriebsrat der Firma Thomas in Marktredwitz wurde vor einigen Wochen von seiner Direktion dahin verständigt, daß die Bedaux-Gesellschaft nun auch bei ihrer Firma losgehen soll. Wahrscheinlich hat der Herr Kommerzienrat bei seiner letzten Amerikareise etwas von dieser Sache gesehen, und unter anderem liegen die Verhältnisse zur Zeit besonders günstig. Auch der Belegschaft der Firma Thomas war in einer fast einhalbjährigen Kurzarbeit Gelegenheit gegeben, sich bei Kartoffeln, Gurken, Spinat und sonstigem Gemüse, was dieses Jahr ausnahmsweise in den Schrebergärten recht gut geraten ist, zu erholen, so daß für eine rationelle, intensive Ausnützung der frischen angesammelten Kräfte die sicheren Voraussetzungen vorhanden sind. Seit 14 Tagen ist nun ein solcher Herr Bedaux-Ingenieur da, und hat gleich einen ganzen Kasten voll Stoppuhren mitgebracht. In einem halbstündigen Vortrag unterrichtete er den Betriebsrat über Zweck und Ziel seines Kommens, aus dem der Betriebsrat aber nicht klug werden konnte. Nur soviel war daraus zu entnehmen, daß er sich 1½ bis 2 Jahre, — solange brauche er nämlich zur Einführung, — hier häuslich niederzulassen gedenke. Es folgte noch die höfliche Aufforderung, der Betriebsrat möge ihm am nächsten Morgen zwei intelligente Arbeiter, die gute Rechner sind, zur Verfügung stellen, und die Audienz hatte ihr Ende erreicht. Der Betriebsrat lehnte nach einer Aussprache mit den Kollegen und Gewerkschaftsvertretern dieses Verlangen entschieden ab, und erfreulicherweise haben sich auch keine Arbeiter gefunden, die sich dazu bereit erklärten, an ihren Kollegen Vagtbienste zu verrichten, obwohl ihnen ein guter

Verdienst in Aussicht gestellt war. Aber damit war diese Komödie nicht zu Ende. Als ein gutes Hilfsmittel in solchen Fällen erweisen sich leider die Angestellten und Beamten des Betriebes. Gleich verschiebbaren Schachbrettfiguren, die nach den Zügen ihre Stellungen wechseln, stehen sie nun vom frühen Morgen bis nach Arbeitschluss an ihren Plätzen, das Auge mit scharfem Blick auf das Objekt gerichtet, in der linken Hand die Stoppuhr, mit der sie im Schweiße ihres Angesichts ununterbrochen knipsen und noch einmal knipsen, in der rechten Hand Bleistift und Tabelle, wirklich ein Schauspiel für Götter, wenn es nicht so traurig wäre. Glauben diese Herren denn wirklich, daß sie mit einem solchen Verhalten Achtung und Respekt bei der Arbeiterschaft finden? Nein, diese hat nur tiefste Verachtung für ein solches Gebaren übrig.

Für die Arbeiterschaft hat nach wie vor nur der zwischen den beiden Parteien abgeschlossene und für allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag Gültigkeit. Diesen über den Haufen zu werfen ist ja der Zweck dieses ganzen Systems. Den Arbeitsskollegen und -kolleginnen, die unseren Reihen noch fernstehen, kann nicht eindringlich genug gesagt werden: Tretet ein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, dann werden unsere Ausbeuter uns nicht mehr mit solchen Dingen belästigen.

Josef Lindner.

### Wirtschaftliches.

#### Aufsichtsräte und ihre Lantien.

Der Betrag richtet sich in der Regel danach, wie groß die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder ist. Bei einem ziemlich gleichbleibenden Feststellungsschlüssel der Lantien der AG und Siemens u. Halske erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der ersten Gesellschaft durchschnittlich 7000 Mark als Vergütung, während sie bei der letzteren 42 000 Mark betragen. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder ist bei der AG mehr als zweimal so groß als bei ihrer Konkurrenz. Daher auch die unterschiedliche Bezahlung. Bei den vereinigten Glasstoffabriken erhalten die ersten fünf Aufsichtsratsmitglieder je rund 180 000 Mark; bei Zellstoff-Waldhoff erhalten die Aufsichtsratsmitglieder je 64 000 Mark, bei der J.-G. Farben wird der gleiche Betrag je Kopf gezahlt; dagegen bei den Vereinigten Stahlwerken „nur“ 12 000 Mark, bei Mannesmann 11 000 Mark und bei der Deutschen Bank und Dresdner Bank je 10 000 Mark.

Wie der Frankfurter Fall zeigt, lassen manche Aufsichtsratsmitglieder ihre Funktion sehr eigenmächtig aus. Sie verdienen jedenfalls den Namen absolut nicht, wenn die Direktion hinter ihrem Rücken derartiges Schlampig die Geschäfte führt. Die Bezahlung dagegen ist mehr als nobel zu nennen und steht mit den Klagen über schlechten Geschäftsgang usw. im Widerspruch.

#### Wie hoch ist das Zins- und Dividendeneinkommen?

Die Höhe des deutschen Volkseinkommens wird auf 60 bis 65 Milliarden Mk. geschätzt. Davon sind rund 45 Milliarden Mk. Lohn- und Gehaltseinkommen und 10 bis 12 Milliarden Mark Investitionskapital. Von dem Rest dürfte der größte Teil auf das Unternehmereinkommen fallen. Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Vierteljahresheft eine Zusammenstellung der Zahlen zum Zins- und Dividendeneinkommen.

(Nach dem Stand vom 31. Dezember 1928.)

Zinseinkommen aus:	Mill. Mk.
Geldpfordbriefen	347,7
Kriegspfordbriefen	6,9
Gold-Kommunal-Obligationsen	102,5
Kriegs-Kommunal-Obligationsen	0,7
deutschen Industrieanleihen	67,6
sonstigen langfristigen Inlandsanleihen	131,5
Hypotheken und Kommunalarleihen der Verbundungen	433,5
<b>Zusammen</b>	<b>1 090,4</b>

  

Eparschaften und Versicherungsunter-	Dividende der Vorgesellschaftungen, und zwar auf ein Nominalkapital von:
10 935 Mill. Mark, Bilanzstichtag zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember 1928	747,7
26,5 Mill. Mk., Bilanzstichtag zwischen dem 1. Juli und 30. September 1928	184,5
1897 Mill. Mk., Bilanzstichtag zwischen dem 1. April und 30. Juni 1928	117,4
1366,3 Mill. Mk., Bilanzstichtag zwischen dem 1. Januar und 31. März 1928	93,0
<b>Zusammen</b>	<b>1 142,6</b>

Bei der Gruppe der festverzinslichen Werte handelt es sich um das Zinseinkommen aus im Ausland seit der Währungsstabilisierung abgeschlossenen festverzinslichen Papieren. In der zweiten Gruppe sind die vom Statistischen Reichsamt erfassten „Vorsen und Millionen-gesellschaften“ vereinigt. Das gesamte Zins- und Dividendeneinkommen in Deutschland wird mit obigen Zahlen nicht erfasst sein.

#### In Deutschland größere Lohnsteigerung als in Amerika?

Anlässlich des Reklamekongresses in Berlin richteten amerikanische Wirtschaftspolitiker an die deutsche Wirtschaft die Anforderung, mittels Lohnsteigerungen eine höhere Kaufkraft zu schaffen. Die „Kuh- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ kommt in ihrer Nr. 36 auf diese Dinge zu sprechen, wobei sie folgendes anführt: Der Wochenlohn der Gelehrten belief sich Januar 1925 auf 50,77 Mk., Januar 1927 auf 46,36 Mk., März 1929 auf 52,41 Mk. und Juli 1929 auf 53,79 Mk. Diese Wochenlöhne sind also von Januar 1927 bereits bis zum März 1929 um 13,5 v. H. erhöht worden. Und gegenüber dem Anfang 1925 liegt das deutsche Lohnniveau im März 1929 sogar um 5 v. H. höher. Im Staate New York liegt der Wochenlohn von Anfang 1925 bis März 1929 um 7,21 v. H. und von Anfang 1927 bis März 1929 nur um 2,81 v. H. Demnach war das Tempo der Lohnsteigerung in Deutschland in den letzten zwei Jahren 4,5mal so groß als im Staate New York.

Die Zeitschrift der Rauhhandelskammern mag mit der Behauptung recht haben, daß in den Jahren nach 1924 in Deutschland eine Lohnsteigerung erfolgt ist, die nur in wenigen Ländern ihresgleichen findet. Dabei ist beachtenswert, daß 1. die Löhne nach der Justitia äußerst niedrig waren, und 2. diese Lohnsteigerung nur auf den unablässigen Druck der Gewerkschaften zurückzuführen ist. Dennoch sind die Löhne hierzulande überhaupt als auch im Verhältnis niedriger als diejenigen in Amerika, obwohl dort zweifellos eine geringere Lohnsteigerung in den angezogenen Jahren zu verzeichnen ist. Das liegt daran, daß die amerikanischen Löhne im Kriege und danach auf eine sehr hohe Stufe gehoben wurden, und auf

dieser verharrten. Indessen mußten die deutschen Arbeiter und Angestellten mit den niedrigsten Reallohnen der Welt zufrieden sein. Es erscheint uns als ein vergebliches Beginnen, durch solche Beispiele die deutsche Lohnentwicklung als übersteigert hinzustellen. An der Wahrheit der Behauptungen der amerikanischen Wirtschaftsführer über das Verhältnis deutscher Löhne und deutscher Warenpreise wird nichts geändert.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Vom christlichen Gewerkschaftskongress.

Der letzte Tag des Kongresses der christlichen Gewerkschaften brachte ein außerordentlich hochstehendes Referat des Professors Dr. Theodor Brauer (Köln), eines ehemaligen Arbeiters, der über die „Kulturjüngung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ sprach.

Brauer gab zunächst eine vortreffliche Analyse der heutigen Kulturlage der Arbeiterschaft, bedungen aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Aus den Erfahrungen der letzten Menschenalter habe sich der Arbeiterschaft die Erkenntnis aufgedrängt, daß ihre Kultursehnsucht, wo sie fest und ursprünglich ist, nicht durch die bürgerliche Kultur erfüllt werden könne. Die heutige Wirtschaftsverfassung stehe dem Werden der Gemeinschaft, die Arbeitsart von Millionen von Menschen der Entfaltung der Persönlichkeit hemmend entgegen. Die Wirtschaftsverfassung trete trennend zwischen Arbeiter und Produktionsmittel, zwischen Bedarf und Produktion, zwischen Produktion und Konsumenten. Sie zwinge das Kapitalinteresse vor die Wirtschaftsleistung. Die Wirtschaft bringe trennend ein in die Gemeinschaft der Menschen und ganz besonders in die Familie. Die Arbeit sei nicht eine Lust, sondern nur noch eine Last für die Arbeiterklasse. Die heutige Technik wirke in ihrer Handhabung kulturfremdlich. Auf der Arbeiterschaft laste der entehrende Druck, daß der arbeitende Mensch in der Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sei. Das sei Unkultur schlechthin. Die Kulturjüngung der Gewerkschaften sei deshalb, das durch viele Generationen in dem arbeitenden Menschen niedergetretene und niedergehaltene Selbstbewußtsein wieder aufzurichten. Die zweite Stufe der Kulturjüngung der Gewerkschaften, die mit dem Zusammenbruch der Arbeiter und ihrer bisherigen Arbeitsmarktfähigkeit und deren Erfolge eine erste Stufe der Entwicklung hinter sich gebracht habe, damit jedoch sich erst im Vorlande ihrer eigentlichen kulturellen Mission befände, ergebe sich also durch die Organisierung der Arbeit als solche, deren Sinn sei, daß an die Stelle des Zufalls in der Verwendung der Arbeitskraft die vorbedachte Verwendung der Arbeit und Beschäftigung der Arbeiter gesetzt werden soll. Die Kapitalbildung dürfe nicht mehr eine private sondern nur noch eine gemeinsame Sache sein.

#### Massenentlassungen

##### mit Zustimmung der kommunistischen Betriebsräte.

Wie die Interessen der Arbeiter durch die sogenannten „roten Betriebsräte“ wahrgenommen werden, zeigte sich kürzlich vor dem Gewerbeaufsichtsamte Berlin, als dort über den Antrag der Firma Bergmann-Rosenthal auf Entlassung von 510 Arbeitern und Arbeiterinnen verhandelt wurde. Bei Verhandlungsbeginn richtete der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Koch I, an die Direktion die Frage, ob mit den Betriebsräten über eine Verletzung der Arbeiter oder eine Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt worden sei. Der Vertreter der Direktion erklärte darauf, daß die Betriebsräte von den geplanten Entlassungen informiert worden seien, aber keine Einwendungen dagegen erhoben hätten. Die „Revolutionäre“ mußten befähigen, daß sie mit den Vorschlägen der Direktion vollständig einverstanden gewesen sind.

### Verbandsnachrichten.

#### Bewerbungen zu den 54.-61. Bildungskursen für unsere Verbandsmitglieder.

In Fortsetzung der bisher abgehaltenen Kurse hat der Hauptvorstand beschlossen, im Schönheim in Weimigen weitere Kurse abzuhalten. Diese finden statt:

- 1. Halbjahr 1930:
- 5. Januar bis 18. Januar, 26. Januar bis 8. Februar, 16. Februar bis 1. März, 9. März bis 22. März, 30. März bis 12. April, 27. April bis 10. Mai, 18. Mai bis 31. Mai, 15. Juni bis 28. Juni.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsthemen behandelt: Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsrecht und Zivilprozessordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft, Sozialversicherung.

Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 26. Oktober bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen. Die Bewerbungen müssen eine Abhandlung über den Lebenslauf enthalten, aus dem das Lebensalter zu ersehen ist, sowie die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband und evtl. frühere Mitgliedschaften, die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie die gegenwärtigen Funktionen. Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an keinem solchen teilgenommen hat, ist dies kurz zu begründen.

Wer an einem dem Hauptvorstand abgehaltenen Kursus im Schönheim schon einmal teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursteilnahme für ihn in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn der erste Vorschlag wegen Überfüllung des Kursus nicht möglich ist, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

Die Kursteilnehmer erhalten:

- 1. die Verheirateten 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
- 2. Fahrgeld 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 Mk. für einen ganzen, 4 Mk. für einen halben Reisefahr;
- 3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schönheim, sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mk.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnsätze und des Verbandsbeitrages. Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gesamleitung bis zum 13. November 1929 weiterzugeben.

Die Bewerben müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten, entsprechend dem Formularbogen, an den Hauptvorstand bis zum 30. November 1929 senden.

Die früheren Bewerber, die bis jetzt nicht berücksichtigt sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen. Es ist zu bemerken, daß es sich um eine Wiederholung handelt.

#### Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a das bisherige Mitglied der Zahlstelle Schöningen Alois Morik, Buch-Nr. 980 438.

### Zahlstelle Essen.

Die Wahl des Geschäftsführers für die Zahlstelle Essen ist erfolgt. Gewählt wurde der Kollege Gustav F e c h n e r aus Essen. Allen Bewerbern besten Dank. [2,50 Mk.]

#### Literarisches.

Vom „Landarbeiter-Archiv“ ist soeben das Heft 4, 1929 erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Das Reichsarbeitsgericht zur Tariffähigkeit der Gelben. — Die Landarbeiter in der internationalen Sozialversicherung. — Das Landarbeiterrecht in Holland. — Das Landarbeiterrecht in Großbritannien. — Arbeitszeit, Urlaub, Jahresdeputate, Entgeltlagen und die Landarbeiterlöhne im Juni 1929. — Die Wirtschaftslage, Wirtschaftszahlungen. — Tagungen. — Das „Landarbeiter-Archiv“ bringt in erster Linie archivarisches Material. In der Hauptsache registriert es Tatsachen über Landarbeiterverhältnisse. — Zu beziehen ist das „Landarbeiter-Archiv“ vom Verlag Enckehaus, G. m. b. H., Berlin SW 48. Es erscheint alle zwei Monate ein Heft. Preis des Einzelheftes 2 Mk., Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 Mk.

Die „Soziale Bauwirtschaft“, Halbmonatsschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, enthält in ihrem als Sonderheft erschienenen Heft 18 wiederum eine Reihe interessanter Aufsätze. Das Sonderheft ist den betriebstechnischen Hilfsmitteln gewidmet, über die der Abteilungsleiter im Verband sozialer Baubetriebe, Ingenieur Otto Rode, die Baubüttelgeschäftsführer Rof, Bohr und Priel und weiter Dr.-Ing. Schneider-Arnold schreiben. Die „Soziale Bauwirtschaft“, die vom Verband sozialer Baubetriebe, Berlin S. 14, Jellstraße 6, herausgegeben wird; kostet monatlich 1,50 Mk., Gewerkschaftspreis 75 Pf. Die Einzelnummer kostet 90 Pf.

„Menschen in Not“, ein Zeitroman von Dr. Reinhold Eichacker. B. Behrs Verlag/Friedrich Feddersen, Berlin-Steglitz. Preis geb. 4 Mk., geb. 5,50 Mk. Verbundene Menschen, die in Kriegs- und Nachkriegszeit, Flammende Begeisterung, Enttäuschung, Erbitterung, Demoralisation, das bekannte Bild als Kriegsergebnis. Verarmung ganzer Volksschichten. Der Verfasser behandelt das Schicksal von Leuten, die bessere Tage gesehen. Viele verkommen, manche kommen wieder hoch. Nach des Verfassers Meinung durch persönliche Tüchtigkeit. Diese Annahme ist irrig im Zeitalter der Rationalisierung, des technischen Fortschritts. Abbau auf der ganzen Linie. Da nützt auch fester Wille, sich nicht unterkriegen zu lassen, nichts mehr. Das Geständnis, daß gute Verbindungen besser sind als starkes Wollen und Tüchtigkeit fliegt mit ein. — Das Buch ist im großen ganzen objektiv gehalten bis auf das letzte Viertel. Da wird in behaglicher Breite gewettert gegen die Völkerverbundener, die Erfüllungspaposte, die Herren Pazifisten. „Es fehlt die Erhellung zum Aufstieg, der Wille zur Macht, die allein uns noch retten könnte“. Leider ist das nicht so einfach, wie es sich auf Papier ausmalen läßt. Ein Schwindler und Millionenerbträger bringt das „Volkswort“ billig auf den Markt. Natürlich ist die Farbe dieses Betrügers, d. h. seiner Autos, goldgelb, schwarz und rotrot, d. h. schwarz, rot, gold. „Pöbelverführer der hohen Regierung, den faulen Konfort, die sich um Ministergehälter verkaufen, um ihr deutsches Volk in den Dreck zu kutschieren. Mit ihrem Erfüllungsgewinn, dem blöden...“

Das deutsche Haus muß gereinigt werden von Verrätern und Schwärmern, so wie Rivera und Mussolini es taten. So läßt der Verfasser seinen Helden reden.

Das Buch ist nicht geeignet, objektiv den Blick zu weiten und das Urteil zu schärfen, es dient nicht der Charakterbildung. Es weist nicht vorwärts, sondern rückwärts. Der Verfasser zieht nicht die logischen Konsequenzen aus den ersten zwei Dritteln des Buches. Ein böser Revanche- und Rachegeist nach außen und innen schlägt uns entgegen. Man denkt an Stahlhelm und Hakenkreuz.

Der „Neue-Welt-Kalender“ für 1930 liegt bereits vor. Er ist wieder ein Volksbuch im wahren Sinne des Wortes, zumal sich der Verlag entschlossen hat, den Verkaufspreis von 80 Pf. auf 50 Pf. herabzusetzen. Er erscheint wieder in einem farbenprächtigen Gewande; mit vielen gut gelungenen Bildern, die zum Teil in Mehrfarbendruck hergestellt sind. Ein Wandkalender liegt bei, ebenso enthält er den neuen Posttarif sowie eine genaue Ebbe- und Flut-Tabelle. Der Kalender enthält die folgenden unterhaltenden und belehrenden Beiträge: „Das Gesicht der Labour Party“, „Heilkräuter“, „Krankheiten der Mode“, „Feuer unter den Füßen“, „Zwei Groschen Fahrgeiß“, „Eine nachdenkliche Geschichte“ in 39 Bildern, und als Wandschmuck ein Bild von Heinrich Heine. — Durch alle Volksbuchhandlungen oder direkt vom Verlag Auer u. Ko., Hamburg 36, zu beziehen.

Die Internationale sozialistischer Alkoholgegner gibt ein Mitteilungsblatt heraus, das die Verbindung zwischen den sozialistischen Alkoholgegnern der verschiedenen Länder aufrechterhalten soll. Bei anderen Abkündigungen, z. B. bei den Entenplern, bestand diese internationale Verbindung schon lange. Bei den sozialistischen Alkoholgegnern ist sie bis heute noch recht mangelhaft, so daß der Versuch einer engeren internationalen Zusammenarbeit durchaus zu begrüßen ist. Das Mitteilungsblatt der Internationalen sozialistischer Alkoholgegner, für das Frau Dr. Hildegard Wegscheider, Berlin-Lichterfelde, Zehlendorfer Straße 52, verantwortlich zeichnet, enthält in seiner jetzt erschienenen ersten Nummer außer den Mitteilungen aus den verschiedenen Ländern und Organisationen Beiträge der Genossen Seevering, Bernard Shaw, E. Orndor, dem Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner und von dem belgischen Genossen Vanderweide. Seeverings Worten, daß „die augenblickliche Höhe der Alkoholanlagen und die Menge des Konsums nicht im rechten Verhältnis stehen zu der bestehenden wirtschaftlichen Not und dem geringen Einkommen der Massen des deutschen Volkes“ kann man nur zustimmen. Noch deutlicher und drastischer äußert sich Bernard Shaw in seinem Beitrag, der seinem bekannten Buch über die Stellung der Frau zum Sozialismus und Kapitalismus entnommen ist, wenn er von der Schuld der Frau spricht, die den Mann zum Trinken verleitet, weil er dann lustiger wird. Alles in allem ist das Mitteilungsblatt der Internationalen sozialistischer Alkoholgegner wohl geeignet, im Kampf gegen den Alkoholismus Wehr und Waffe zu sein.

Franz Denner: „Die arbeitssparende Wohnung. Zweckmäßige Formen für Wohnung und Hausgerät, Architektur und Technik, mit einem Geleitwort von Marie Juchacz, G. m. H. Verlagsgesellschaft des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. H., Berlin SO 16, Am Röllnischen Park 2. Preis 4 Mk.

Der Verfasser zeigt, daß man alle Möbel und andere Gebrauchsgegenstände in der Wohnung so formen kann, daß bei der Staub- und Schmutzreinigung möglichst an Arbeit gespart wird, wodurch Millionen Hausfrauen entlastet würden.

„Die arbeitssparende Form“, nennt Denner sein System, das er mit diesem Buch aufstellt. Er fordert es nicht nur für die gesamte Wohnung und alle Hausgeräte, sondern auch für Eisen- und Straßenbahnwagen, für Autos, für Krankenhäuser, Wartehäler, Theater, Anstellungsstellen, Geschäftshäuser, für Küchengeräte, Fernsprechanlagen usw. Gegenstände nach Denners System bauen bedeutet, ihnen eine Gebrauchsform geben, die nicht nur schön ist, sondern auch eine lange Lebensdauer gewährleistet.

Während die „neue Sachlichkeit“ meistens nichts weiter bedeutet als ein Schlagwort oder eine Spielerei, ist hier wirkliche Sachlichkeit gezeigt.

## Die KPD. als Unternehmerhausknecht.

Mit vielem Fleiß und wenig Geschick tut die KPD. alles das, was der organisierten Arbeiterschaft Schaden bringen kann. Man denke nur an die einstmahlige Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften.“ Die Unternehmer freuten sich königlich über ihre neuen Freunde, die KPDisten, um so mehr als der Ruf Teilerfolge hatte. Alle nicht mit besonderer Intelligenz ausgerüsteten folgten dem Rufe der KPD., ebenso die Alkoholiker und die Kandidaten der Gelben. Eine Schwächung der Organisationen war der Verlust der Genannten nur rein zahlenmäßig. Die Unternehmer ärgerten sich, daß der Plan ihrer KPD.-Helfer, die Gewerkschaften zu zertrümmern, nicht glückte. Aber sie trösteten sich, denn die KPD. kann bereits auf neue Pläne, wie man die Organisationen am besten zerschlagen könne. Und eines Tages kam die neue, der KPD. und damit den Unternehmern Erfolg versprechende Attraktion unter dem Ruf: „Gründung neuer Gewerkschaften.“ Die Kapitalistenherzen schlugen höher, denn schließlich einmal mußte doch ein Treffer herauskommen aus dem geistigen KPD.-Kad. Die KPD. gab sich wirklich die erdenklichste Mühe, den sehnlichsten Wunsch der Kapitalisten zu erfüllen und die Gewerkschaften in einen Trümmerschaufen zu verwandeln. Aber, weiß der Teufel, es wollte auch mit diesem Schlagler nicht gelingen, das gemeinsame Ziel der KPDisten und Kapitalisten zu erreichen. Die Vernünftigen und Klügsten blieben in den Gewerkschaften, und nur eine ganz beschränkte Zahl fand sich in den kommunistischen Gewerkschaften zusammen. Viele davon überlegten bereits am Anfang, wie man der Sache ein Ende bereiten könne. Es dauerte auch nicht lange, und die Genasführten verprügelten ihre kommunistischen Erzeuger nach Noten, sprachen von Dummköpfen und Verrätern usw. Auch im Fabrikarbeiterverband hat die KPD. eine Gründergastrolle gegeben. Sach- und Baumgärtner waren die Beauftragten. Ihre Namen werden in der Geschichte der Arbeiterbewegung weiterleben in der humoristischen Ecke. Die genasführten Kollegen, insbesondere aus Ludwigshafen und Höchst, sagen: nein, so anständig dürfen sie nicht beerdigt werden. Die beiden müssen in die Verbucherecke. Das scheint uns zu weit zu gehen, denn schließlich kann man niemandem seine mangelnde Einsicht zum Vorwurf machen, besonders wenn er nachher durch sein Verhalten beweist, daß er von seinen Auftraggebern selbst hereingelegt wurde.

Die Unternehmer und Kapitalisten wurden über die Tölpelhaftigkeit der KPD. ärgerlich, weil keine Radikallösung der Frage: „Wie zerstören wir die Gewerkschaften“, herauskam. Da, eines Tages, nach verschiedenen Zwischenlösungen, kam die Patentlösung: „Organisierter Kampf der Unorganisierten gegen die Organisierten.“ Die Unternehmer meinten, die Unorganisierten soll man lieber nicht rebellisch machen. Aber ihr (der Unternehmer) Vertrauen zur KPD. als Hausknecht und Nothelfer war unerwünscht, und schließlich trösteten sie sich in dem Gedanken, daß die neue Parole vielleicht doch nicht so dumm sei wie ihre Formulierung. Also abwarten. Und sie warteten nicht vergebens. Denn unterdessen wurde der KPD.-Zentrale klar, daß man eigentlich noch gar keine Ahnung hatte, wie die Unorganisierten eingeseift, d. h. gegen die Organisierten in den Kampf geführt werden sollten. Die Zentrale war in Not, denn die Kapitalisten wollten sehen, daß etwas geleistet wird. Da, in einer denkwürdigen Sitzung der KPD.-Zentrale hatte der geistige Benjamin eine Idee, selbstverständlich im Reichsmaßstab, das war man schon der Tradition schuldig. Anderen Tags kam die Parole heraus, wie ein Blitz aus heilerem Himmel: „Bei jedem Streik ist eine zweite Streikleitung einzurichten.“

Das ist ein Treffer, sagten die Unternehmer. Wenn, wenn jeder Streik von zwei Stellen aus dirigiert wird, dann ist die logische Folge: Zank und Streit unter den Streikenden und Zusammenbruch des Streiks. Diese Tatsache haben die Unternehmer ebenso scharf erkannt wie die KPD. auch. Und wieder ging die Sache nicht, wie von den genannten beiden Seiten gewünscht. Die Unternehmer und die KPD. hatten eins außer acht gelassen, nämlich, daß die große Zahl der Arbeiter nicht so dumm war und ist, wie sie von der KPD. und den Unternehmern eingeschätzt wurde.

Doch auch Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden, und die KPD. kann sich nicht auf einmal umbringen. Zar Stalin muß Geduld haben, eines Tages wird es schon klappen. Schließlich ist es auch nicht gerade eine Spielerei, fortgesetzt darüber nachdenken zu müssen, wie macht man die Gewerkschaften kaputt. Wenn einem alles schief geht, verliert man das Vertrauen zu sich selbst. KPD. und Vertrauen! Das ist überhaupt so eine Sache. Lieber nicht davon reden. In solchen Dingen haben die Wände Ohren.

Was tun? In Deutschland gibt es so viele Tarifverträge, ein Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit der Gewerkschaften. Die Parole ist fertig.

### „Tarifbruch und Streik überall.“

Bravo, riefen die Unternehmer ganz leise, was uns nie gelang, jetzt kann es Tatsache werden. Die tariflose Zeit bricht an, neben der Preisdiktatur üben wir Lohndiktatur, das ist so ziemlich das Gegenteil von der Diktatur des Proletariats. Aber es ist ja gerade, als hätte sich alle Vernunft gegen die KPD. und das Unternehmertum verschworen; auch dieser schöne Plan ging fehl. Die organisierten Arbeiter — soweit sie über eigenes Denken verfügen, und das ist die große Mehrzahl — gingen nicht auf den Leim.

Unwissenheit und Verschlagenheit sind zwar nicht immer gepaart, aber in dem nächsten Falle ist es doch so. Wozu sagt man den Kopf der KPD.-Zentrale von Zeit zu Zeit ab? Selbstverständlich um neue Gedanken in dieses erdliche Er-

zeugnis zu bekommen. Sie waren auch danach. Also, da entdeckt so eine kleine KPD.-Null, daß der Fabrikarbeiterverband für 3 Millionen Mk. Industrieaktien hat. Die KPD.-Zentrale drahtet diese Tatsache als neuesten Verrat über den Erdball. Schafsköpfe, werden sie in Moskau gedacht haben. Die Moskauer haben recht. Wenn der deutsche Russenzentralapparat von der Arbeiterbewegung eine Ahnung hätte, und wenn er nicht aus Neulingen bestünde, dann müßte er wissen, daß die deutschen Gewerkschaften schon vor Jahrzehnten Aktiven in solchen Industriezweigen bzw. -betrieben erworben, in denen sie organisatorisch zuständig waren. Sie wollten Einblick gewinnen, und wenn möglich in den Generalversammlungen ihren Einfluß zu gunsten der Arbeiterschaft in die Waagschale werfen. Wir wollen die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von allen Seiten berennen. Aus Teilerfolgen ergibt sich der Sieg. Wenn die KPD. das nicht begreifen kann, so wird es an ihr selbst liegen. Und wenn sie diese Handlung als Verrat ansieht, so nur auf Grund der eigenen Veranlagung. Wir sind felsenfest überzeugt, die KPD. sieht alle Menschen als Spießhüben an. Wir geben auch zu, daß es für einen KPD.-Mann gefährlich ist, sich ohne Aufsicht in die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft zu begeben. Er kann für sich nicht garantieren. Das ist nun einmal bei Nichtkommunisten anders.

Daß jemand so fabelhaft schwindeln und der ganzen gläubigen (Moskaugläubigen) Menschheit erzählen kann, der

## Der Fluch der Armut.

Es gibt nur eine Klasse in der Gemeinschaft, die mehr ans Geld denkt als die Reichen, und das sind die Armen. Die Armen können an nichts anderes denken, das ist der Fluch der Armut.

Wilde.

Fabrikarbeiterverband habe für drei Millionen Mark Industrieaktien, ist eigentlich haarsträubend. Oder kann der volkswirtschaftliche russische Student Effekten und Aktien nicht auseinanderhalten? Wann soll er erst etwas lernen. Oder ist das bei den KPD.-Leuten nicht nötig?

Der Fabrikarbeiterverband wird auch in Zukunft seine Gelder so anlegen, wie es den Interessen der Arbeiterschaft und der Mitgliedschaft entspricht. Was die KPD. dazu sagt, werden wir lediglich auf ihre Absicht unterforschen, denn zu sagen hat sie dem Fabrikarbeiterverband nichts. Wenn man die Frage aufwirft, was hat die KPD. zu ihrem Gekläff veranlaßt, dann kann die Antwort auch nur so sein: Die KPD. hat geglaubt, nun endlich ein Mittel gefunden zu haben, wie man den Fabrikarbeiterverband zerstört. Nebenbei bestand wohl die Absicht, den Verkauf der Aktien zu erreichen, damit die Herren Unternehmer unter sich sind. Wie alles, was die KPD. unternimmt, ist auch dieser Plan schief gegangen. Ob die KPD. ruft

„Heraus aus den Gewerkschaften!“

oder

„Gründung kommunistischer Gewerkschaften!“

oder

„Unorganisierte gegen Organisierte!“

oder

„Bei jedem Streik eine zweite Streikleitung!“

oder

„Tarifbruch und Streik überall!“

oder

„Aktienbesitz, Verrat, Verrat!“

die KPD. wird ihr Ziel, Zerschlagung der Gewerkschaften, nicht erreichen. Die Kapitalisten und Unternehmer sollen sich also keine unnötige Hoffnung machen, denn die KPD. ist zwar willig, aber der Geist ist schwach.

## Chemische Industrie

### Konferenz der Braunkohlenarbeiter.

Am Sonntag, dem 22. September, sagte in Halle a. S. im Volkspark eine Konferenz der Braunkohlenarbeiter, um zur Kündigung der Lohnliste für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Stellung zu nehmen. Die Konferenz war von den Funktionären der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen zahlreich besucht. Mit Interesse folgten die Delegierten den Ausführungen des Referenten (A. Schmidt vom Bergbauindustriearbeiterverband) über die wirtschaftliche Lage der Braunkohlenindustrie. Die aus dem Referat gezogenen Schlussfolgerungen führten zur Annahme folgender Entschlieung.

### Entschlieung.

„Die am 22. September 1929 in Halle tagende Konferenz von über 550 Funktionären aller am Tarifvertrag beteiligten Organisationen nimmt Stellung zur Lohnfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Sie beantragt die Gewerkschaften, zum nächstmöglichen Termin die jetzt geltenden Lohnlisten zu kündigen. Die Konferenz fordert:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne unter besonderer Berücksichtigung der Löhne der Jugendlichen und Arbeiterinnen sowie der Lehrlinge um 1 Mk. je Schicht.
2. Verringerung der Spanne zwischen Kern- und Randrevieren.
3. Änderung der Lohngruppeneinteilung.

Die Funktionäre der Gewerkschaften rufen hiermit die Belegschaften des gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues

auf, sich geschlossen hinter diese Forderungen zu stellen. Von der Stärke der gewerkschaftlichen Machterhaltung hängt der Erfolg ab.

Die Gewerkschaftsfunktionäre fordern zum eigenen Wohle aller im Braunkohlenbergbau Beschäftigten und ihrer Familien die Unorganisierten auf, restlos den Gewerkschaften beizutreten.“

Die Entschlieung wurde gegen 13 Stimmen angenommen. wh.

### Die Konferenz der Linoleumarbeiter.

die am 22. September 1929 in Hannover stattfand, hatte folgende Tagesordnung:

1. Akkord- und Bedaurgenlohnung in der Linoleumindustrie. Referent: Kollege Haupt (Hannover).
2. Tariffragen. Referent: Kollege Parfisch (Hannover).
3. Aussprache.
4. Stellungnahme zur Aufsichtsratswahl.
5. Verschiedenes.

An der Konferenz nahmen 22 Kollegen aus den Betrieben teil. Ferner waren 3 Gauleiter anwesend. Die übrigen Kollegen waren Vertreter der zuständigen Zahlstellenleiter in und der Betriebe. Zum ersten Punkt der Tagesordnung machte der Kollege Haupt (Hannover) folgende Ausführungen:

„Beim Bedaurgenlohn handelt es sich um das sehr unübersichtliche System einer amerikanischen Gesellschaft. Bei der bisherigen Lohnabfindung waren die Gewerkschaften maßgebend beteiligt, das Bedaurgenlohn will sie aber ganz ausschalten, es gesteht höchstens die Mitwirkung der Betriebsräte zu.“

Das Bedaurgenlohn hat weiter den Zweck, den Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. In diesem Sinne ist das Bedaurgenlohn das erste praktische Ergebnis der Arbeit des „Dinta“, also ein Versuch, die Arbeitsbedingungen ohne die Organisation zu regeln.

Das Bedaurgenlohn will die Arbeitsleistung messen. Der Anfall der Messung liegt aber viel an dem Zeitnehmer. Die Zeitabnahme unter Mitwirkung der Arbeiter ist schon ein bewusster Fehler des Systems, der nur den Zweck hat, die Arbeiter zur Mitarbeit anzureizen. Es kann kein Mensch so rechnerisch genau die psychologischen Fähigkeiten eines Arbeiters abschätzen. Die Grundlage soll die Bewertung der Arbeitsleistung sein. Aber diese ist doch nie bei allen Arbeitern gleich. Die Bewertung hängt viel von der persönlichen Einstellung des Zeitmessers ab. Es zeigen sich also sehr viele Fehlerquellen in der Bewertung, so daß die Wissenschaftlichkeit des Systems sehr bezweifelt werden kann.

Die Bedaurgenlohnbeurteilung behaupten, die notwendige Arbeitszeit genau feststellen zu können. Sie wollen eine optimale Leistung erreichen und zu dem Zwecke alle Betriebe und alle menschliche Arbeit umorganisieren. Aber die optimale Leistung kann garnicht gemessen werden, sondern wird ganz willkürlich festgesetzt. Das Bedaurgenlohn will eine Leistung erzielen, die noch über den bisherigen Akkordleistungen steht, die den Unternehmern erhöhte Gewinne zuführen.

Nun will das Bedaurgenlohn die Arbeitsleistung noch mehr steigern. Wenn also von der Rationalisierung Schädigungen der Arbeitskraft zu besorgen waren, so sind solche Schädigungen vom Bedaurgenlohn sicher. Dagegen wehren wir uns, denn es ist doch nicht gleich, wie und wodurch der Arbeiter zugrunde gerichtet wird. Beim Bedaurgenlohn muß der Arbeiter das Arbeitstempo halten, ob er will oder nicht.

In verschiedenen Betrieben waren stundenlange Verhandlungen über die Fortsetzung des B-Punktes notwendig. Meist wurde der B-Punkt den Forderungen der Arbeiter angepasst, also nicht wissenschaftlich festgesetzt, sondern ausgehandelt. Man kann also nicht von der Wissenschaftlichkeit des Bedaurgenlohnens reden. Das sind auch hier alles Nachfragen. Diese gesteigerte Ausbeutung durch das Bedaurgenlohn zeitigt ein Stadium und eine Entkräftung, die dann eines Tages in Erscheinung tritt.

Heute arbeiten in Deutschland ungefähr 200 Bedaurgenlohnbeurteilung ihre Erfolge in der deutschen Industrie waren verschwindend gering, bis sie nach Hannover zu den Continental-Werken kamen. In anderen Industrien hatte es noch keinen Eingang gefunden. Im ganzen ist die Ausdehnung des amerikanischen Systems sehr gering. Nach 17jähriger Arbeit werden jetzt in der ganzen Welt rund 200 000 Arbeiter vom Bedaurgenlohn erfasst; im Vergleich zu den ungezählten Millionen Arbeitern eine lächerlich geringe Zahl.

Durch das Bedaurgenlohn wird der Arbeiter in ein heilloser Schand zugeworfen, die Arbeiter werden des Mitbestimmungsrechts beraubt und völlig rechtlos gemacht. Wir müssen also gegen das Bedaurgenlohn in schärfster Abwehr treten.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach der Kollege Parfisch (Hannover):

„Schon die früheren Konferenzen der Linoleumarbeiter hatten zu der Frage des Reichsarbeitsgesetzes Stellung genommen. Es erfolgte aber kein entscheidendes Vorgehen der Arbeiterschaft. Heute ist die Sache eine wesentlich andere. Die Organisationsverhältnisse bei der Arbeiterschaft haben sich erheblich gebessert und die Linoleumindustrie ist heute konjunkturmäßig gebunden mit Ausnahme des Werkes Weiburg. Vor dem Kriege hatte die Produktion der Deutschen Linoleum-A.G. einen Wert von rund 36 Millionen Mark; im Jahre 1929 betrug der Umsatz über 100 Millionen Mark. Die Linoleumindustrie bietet also eine gute Kapitalanlage; im Jahre 1929 wurden an die Aktionäre 15 Prozent Dividende verteilt. Das Aktienkapital der Deutschen Linoleumwerke-A.G. beträgt heute 40 Millionen Mark. 6,5 Millionen Mark betragen die offenen Reserven. Aber die Linoleumindustrie ist auch noch international verflochten.“

Wenn wir einen Einheitslohn für die Linoleumindustrie schaffen wollen, müssen wir selbstverständlich nicht nur die Unternehmernorganisation ansehen, sondern auch die Stärke unserer Organisation in den einzelnen Werken in Betracht ziehen. Ingesamt sind von den 2480 bei den Deutschen Linoleumwerken-A.G. Beschäftigten 2077 bei uns organisiert, das sind etwas über 80 Prozent.

Die Abkammertermine der einzelnen Tarife sind verschieden. Die Bestimmungen über Arbeitszeit, Überstunden, Ferien usw. sind im allgemeinen ziemlich in allen Werken gleich, so daß beim Abschluß eines Reichsarbeitsgesetzes kaum die Gefahr besteht, daß ein Werk starke Verschlechterungen erfährt.

Wir wollen den Reichsarbeitsgesetz anstreben, um einheitliche Verhältnisse zu schaffen.

Ich schlage vor, heute eine Reichsarbeitskommission zu wählen, die einen Tarif auszuarbeiten hat, den wir in gemeinsamen Verhandlungen zu vervollkommen suchen. Da wir bei diesen Verhandlungen auch mit der Gegenseite zu rechnen haben, ist es unbedingt erforderlich, daß wir unsere Organisation noch weiter und besser ausbauen.“

In der lebhaften Diskussion, in der die Kollegen Broje, Geiger, Parfisch, Kohl, Senkus, Livree, Matysjak, Schick, Philipp und Schmiedau sprachen, kam die allseitige scharfe Ablehnung des Bedaurgenlohnens zum Ausdruck, ebenso wurde die Notwendigkeit eines Reichsarbeitsgesetzes für die Linoleumindustrie allgemein anerkannt.

In ihren Schlussworten gingen die Referenten auf die in der Ansprache geäußerten Wünsche und Anregungen ein und betonten noch einmal die Notwendigkeit einer starken leistungsfähigen Organisation, die allein den Erfolg in den behandelten Fragen sicherstellen könne.

In die Reichsarbeitskommission wurden gewählt: Oß (Marzill-ansan), Geiger (Weiburg), Broje (Copenich), Senkus

(Delmenhorst), Matyslak (Delmenhorst) und als Gauleiter Wörner (Kannstadt) und Hilpmann (Hamburg). Dazu kommt noch je ein Vertreter der Zentralbranchenleitung Chemie und des Hauptvorstandes.

Aber den vierten Punkt der Tagesordnung sprach der Kollege Haupt (Hannover). Nach einer lebhaften Diskussion wurde beschlossen, die Nominierung der Kandidaten zurückzustellen, da die Wahlen erst im Frühjahr 1930 stattfinden und bis dahin noch mit der Betriebsräteabteilung beim Hauptvorstand beraten werden kann.

Beim Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige Informationen über die einzelnen Werke ausgetauscht. Allgemein wurde eine bessere Verbindung und Berichterstattung zwischen den einzelnen Betriebsräten gewünscht, jedoch sollen alle Korrespondenzen zwischen den Betriebsräten und alle Mitteilungen über die einzelnen Werke nur über die zuständigen Zahlstellen und den Hauptvorstand gehen, um Schäden für die Arbeiterschaft und die Organisation zu vermeiden.

**Hurra, wir haben verdient! Hurra, wir werden verdienen!**

Im Heft 59 der „Gummizettel“ vom 13. September wird ein Querschnitt durch das sommerliche Gummwarengeschäft gegeben, der folgendermaßen aussieht: Das war ein Sommer, so recht im Sinne des Gummwarenhändlers. Am meisten und in erster Linie wurden bestimmt Wasserschläuche gekauft, denn die Trockenheit war und ist katastrophal. Nur mit Hilfe des Gartenschlauchs konnte das notwendige, fege-reiche Maß über Gemüse, Blumen und Gras ergossen werden, denn sonst sähe es drinnen und draußen kaurig aus. Die Fabrikanten hatten für wohlgefüllte Lager geforgt und „rechtzeitig ihre Preise bis an die Verkaufsgrenze ermäßigt“.

Der Artikel ist ein Lobgesang auf gutes Geschäft. Die Bemerkung über die Verlustgrenze kann also nur so aufgefaßt werden, daß die Händler außerordentlich billig eingekauft, aber gut verkauft haben. Damit ist der für uns undenkbar Fall gegeben, daß die Gummwarenfabrikanten in Anbetracht des glänzenden Geschäfts ihre Preise bis an die Verlustgrenze ermäßigt haben. Auch eine Schlussfolgerung!

Es wird dann weiter gesagt, daß der Gartenschlauch billig ist. Die Großhändler begnügen sich mit 10 Prozent Nutzen, damit der Wasserschlauch leicht gekauft werden konnte. 10 Prozent Nutzen bedeuten dem Großhändler nicht einmal seine Speisen. Demnach bleibt der Großhändler sogar unter der Verlustgrenze. Es wird dann aber weiter gesagt, daß kein Unterschied besteht, ob ein bestimmter Gartenschlauch 1,10 oder 1,25 Mk. kostet, der Verbraucher hätte bei dieser Preisdifferenz nicht mehr und nicht weniger gekauft, aber der Großhändler hätte mehr Freude am Handel gehabt. Es gibt doch glücklicherweise noch misshandelte Menschen!

An zweiter Stelle wurden Einkochringe getraut und gut gekauft. Aber auch die Einkochringe waren durch Anvertraut in Preise heruntergebracht, so daß nur die Befüllenden von einem Verdienst sprechen können. Trost dem erfüllt es den Fachmann aber mit Genugtuung, wenn die Wiederbelebung des Einkochringgeschäftes erfolgen kann. Wie selbstlos doch diese Leute sind!

Auch die Fischenscheiben geben und gingen gut, so weit man das von diesem leider im Abbauen begriffenen Artikel behaupten kann. Das ist ja eine sonderbare Verkaufspolitik, ein im Abbau begriffener Artikel ging gut und geht gut. Wasser heißt es dann, daß nicht zuviel bekannt wird, wenn wir sagen, daß auch alle übrigen technischen Gummwaren und besonders die „Schön-Wetter-Kittel“ recht gut verlangt wurden. Jedenfalls machen die Vertreter dieser Branche keine mütterlichen Gesichter, was auf guten Geschäftsgang schließen läßt.

Vor allem gingen aber die Badartikel sehr gut. Luftkurorte und Schwimmbäder waren bedauerlich stark besucht und wiesen Rekordzahlen auf. Das dabei Badartikel gebraucht wurden, verweist sich am Rande. Die verpackten Lagermengen sind vollständig geräumt worden. Man kommt aber das große Ergebnis. Viele Besucher der Kurorte und Bäder tragen an den Füßen und auf dem Kopfe, vielleicht auch noch anderswo, Erzeugnisse der Gummwarenfabrikanten und da kann Gott sei Dank gesagt werden, daß für diese Sport-, Luxus- und Vergnügungsartikel nicht über Schwundpreise zu klagen war. Mit dem Satz, daß uns im nächsten Jahre wieder ein schöner, trockener und warmer Sommer beschieden sein möge, zum Wehle unserer gewiß nicht vernachlässigten Gummwarenhändler und -Fabrikanten schließt der Artikel, der die Verhältnisse der Gummwarenfabrikanten in einem Lichte darstellt, das wohnend von dem Gewinner der Gummwarenfabrikanten abstrahlt.

In einer Schlussbemerkung wird dann noch gesagt, daß sich die Herren Wörner ins Herbst- und Wintergeschäft setzen wollen und sie prophesieren schon voraus, daß wir auf einen starken Winter hoffen können, weil nämlich schon jetzt das Wärmelochgeschäft zwischen Großhändler und Fabrikanten lebhaft einsetzt hat. Die Propheten-geheiß ist doch eine sehr schöne Sache. Weil sich die Großhändler mit Wärmelochern eindecken, darf das ganze deutsche Volk auf einen strengen Winter rechnen. G. Haupt.

**Papier-Industrie**

**Papiermaschinenführer gehören zur Invalidenversicherung.**

Im Nr. 17 des „Proletarier“ brachten wir bereits den Entschluß der Landesversicherungsanstalt für Angestellte, wonach Papiermaschinenführer nicht als Angestellte, sondern als Arbeiter anzusehen seien.

Die Geschäftsstelle Leipzig des deutschen Werkmeisterrates gab sich mit diesem Entschluß nicht zufrieden, sondern strengte das Verbandsgerichtverfahren vor dem Versicherungsamt Chemnitz an, das am 31. August 1929 folgende Entscheidung unter Verh. Nr. E III 44 Sin. fällte:

Die Papiermaschinenführer (zu 1-3) sind in ihrer Beschäftigung bei der Firma ... nicht als versicherungspflichtig nach § 425 anzusehen.

Sie gehören zu den nach § 123 RVO. zu versichernden Personen.

**Selbstband.**

Im Vollmacht der Papiermaschinenführer (zu 1-3) beantragt der Werkmeisteramt, Geschäftsstelle Leipzig, über deren Versicherungspflicht gemäß § 425 RVO. zu entscheiden. Nach Ansicht des Werkmeisterrates ist es anzunehmen, daß über die rein körperliche Tätigkeit hinausgehende berufliche Tätigkeit der Arbeiter an der Papiermaschine selbst besteht. Die Papiermaschinenführer haben den Arbeitsvorgang an ihren Maschinen selbst zu überwachen, Anweisungen zu geben und den richtigen Ablauf zu stellen und seien für den guten Gang der Produktion verantwortlich. Nach ihren eigenen Angaben seien die Papiermaschinenführer auch als Helfer, ein Tischler und ein Schreiner, den Maschinenführer auch als Polsterer zu bezeichnen und ein Presser, als Vergütung erhalten sie einen Wochenlohn und eine schwache Vergütung. Der Wochenlohn betrage bei Lohn 60 Mark, bei den anderen 50 Mark.

Die Firma ... als Arbeitgeber hat die von Arbeitnehmersseite gestellten Fragen nicht nur beantwortet, da sie die gemachten Angaben teilweise nicht für richtig halten; sie stütze auf dem Standpunkt, daß die Papiermaschinenführer weder eine so geringe noch so beratungswürdige Tätigkeit ausüben, daß die Angestelltenversicherungspflicht damit begründet werden könne, und daß sie als Arbeiter, wenn auch in einer gewissen Stellung, anzusehen seien, die sich auf Grund des RVO. mit der Versicherung einer künftigen Altersrente versehen können.

Das Verwaltungsamt hat nach der von ihm angeführten Entscheidung sich dahin ausgesprochen, daß der Aus-

bildungsgang der drei Papiermaschinenführer und ihr Arbeitsverhältnis für ihre Invalidenversicherungspflicht sprechen.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte halten die Papiermaschinenführer Bernhard Baugh und Genossen übereinstimmend für invalidenversicherungspflichtig.

**Gründe.**

Die Versicherungszugehörigkeit der Maschinenführer in der Papierindustrie ist nach Abschnitt A IX Nr. 2 der Bestimmung der Berufsgruppen der Angestelltenversicherung vom 8. März 1924 (RVO. I S. 274) zu beurteilen. Sie sind zwar in der Berufsgruppenbestimmung nicht ausdrücklich genannt, sind aber zu den „unter einer ähnlichen Bezeichnung Tätigen“ zu rechnen. Als solche würden sie der Angestelltenversicherungspflicht nur unterliegen, sofern sie

a) nicht lediglich vorübergehend mit der Leitung oder Beaufsichtigung eines Betriebes oder eines Betriebsteils oder mit der Entscheidung über die Arbeitsabnahme beschäftigt und nicht überwiegend in der Arbeit an der Maschine oder sonst körperlich tätig sind oder

b) sonst in einer für die Zwecke des Betriebs wesentlichen, nicht überwiegend körperlichen Arbeit unter eigener Verantwortung tätig sind.

Die angestellten Erörterungen haben ergeben, daß die Papiermaschinenführer Bernhard Baugh und Genossen mit der Bedienung von Maschinen beschäftigt sind, wobei ihnen durchschnittlich 3 bis 4 Gehilfen zur Verfügung stehen. Wenn auch zuzugeben ist, daß die Maschinenführer innerhalb ihres Wirkungskreises mit einer gewissen Selbständigkeit und der Befugnis zur Beaufichtigung und Anweisung der ihnen beigegebenen Gehilfen ausgestattet sind, so

**Dein Wohl ist nur ein Teil des Allgemeinwohls.**  
Es ist die Pflicht jedes Menschen, von dem Augenblick an, wo er die Fähigkeit eines selbständigen Urteils erlangt, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern, weil die ganze soziale Existenz, die soziale Entwicklung des einzelnen in höherem Grade von den Einrichtungen und Zuständen abhängt, die der Gesamtheit der Gesellschaft eigen sind, als von seinem eigenen Willen und seiner eigenen Tüchtigkeit und seinem eigenen Können. Bebel.

kann ihre Tätigkeit doch nur als die eines Arbeitnehmers in gehobener Stellung, allenfalls eines Vorarbeiters angesehen werden, da nach dem Ergebnis der Feststellungen des Gewerbeaufsichtsamtes und der Ausführungen des Arbeitgebers wie im Hinblick auf die sehr geringe Zahl der ihnen beigegebenen Gehilfen angenommen werden muß, daß in der Gesamttätigkeit dieser Maschinenführer nicht die leitende und aufsichtführende Tätigkeit, sondern die körperliche Arbeitsleistung in den Vordergrund tritt.

Gegen diese Entscheidung kann binnen einem Monat nach der Zustellung die Beschwerde an das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer für Angestelltenversicherung) Leipzig eingeleitet werden. Dieses entscheidet endgültig. G. Stähler.

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Weltkrust: Öl, Margarine, Seife.**

Auf dem Gebiete der pflanzlichen Öle und Fette hat eine weitere Konzentrierung stattgefunden. Die „Margarine-Industrie“ berichtet in ihrer Nr. 18 über diesen Zusammenstoß. Danach ist zwischen der Margarine-Union und der Lever-Brothers Ltd. eine Vereinigung vollzogen. Die Bedeutung dieser Vereinigung liegt darin, daß diese beiden bisherigen Gesellschaften über eine gut durchgebildete Betriebsorganisation in den Ländern verfügt, in denen sie dominieren. Die Union beherrscht in erster Linie die Margarineabgabgebiete, während Lever-Brothers einen erheblichen Teil des Seifenabfahes beherrschen. Beide Absatzorganisationen sollen nun für den anderen Teil der Produkte mit ausgenutzt werden. Auf dem Rohstoffmarkt trafen sich bislang beide Unternehmen als Konkurrenten. Traten beide Gesellschaften zeitweise als Großkäufer auf, dann konnte der Markt so beeinflusst werden, daß Preissteigerungen eintreten. Auch diese Konkurrenz auf dem Rohstoffmarkt hört nunmehr auf.

Die bisherige Entwicklung der Margarine- und Öl-Union wurde in unserem Organ wiederholt geschildert. Die Konzernbildung ging hier in erster Linie von der Margarineerzeugung aus. Erst später haben die Konzerne ihren Einfluß auch auf die Ölindustrie ausgedehnt, um mit der Rohstoffversorgung unabhängig zu sein. Die Lever-Brothers Ltd., auf der nunmehr die Margarine- und Öl-Union eine Interessengemeinschaft eingegangen ist, zeigt eine ähnliche Entwicklung. Sie ging in erster Linie von der Seifenherstellung aus und wurde im Jahre 1894 als einer offenen Handelsgesellschaft in eine Aktien-gesellschaft umgewandelt. Durch Angliederung von Ölmühlen und ausgedehnten Plantagen- und Transportunternehmungen machte sich die Gesellschaft auch in der Rohstoffversorgung nach weitestgehend unabhängig als die Margarine- und Öl-Union. Man beschränkte sich jedoch nicht darauf, sich in der Rohstoffbeschaffung unabhängig zu machen, sondern dehnte das Absatzgebiet auch über England hinaus zuletzt bis auf Nordamerika aus. Über den Umfang der Gesellschaft, ihre Fundierung usw. entnehmen wir der „Margarine-Industrie“ folgendes:

Die amerikanische Tochtergesellschaft erbrachte 711 000 Pfund bei einem Verkauf von 119 Mill. Stück Seife, schon bald nach Einführung der Marke; aus Indien und China floßen 219 000 Pfund Reingewinn (im Vorjahre 265 000 Pfund), aus Australien 21 000 Pfund, wovon 44 000 Pfund aus dem Südpazifikland. Das kontinentale Geschäft trug 217 000 Pfund ein (gegen 307 000 Pfund im Vorjahre). Von der ungeheuren Macht des Lever-Brothers-Konzerns geben schon die Mitteilungen eine Vorstellung, die wir seinerzeit in Heft 13 des Jahres 1926 aus dem Generalvertragsauswertungsbericht brachten. Es waren etwa 200 Personen diesem Konzern angeschlossen, die insgesamt 67 000 Personen beschäftigten, wovon 30 000 Weiße und 25 000 Farbige. Der Gesamtumsatz der Mutter- und Tochtergesellschaften belief sich auf 81 Mill. Pfund. Der Lever-Konzern verleiht über einen

eigenen Grundbesitz, in den verschiedenen Weltteilen von rund 6 1/2 Mill. Acres, während weitere 2 250 000 Acres als Pachtland bewirtschaftet wurden. An Direktoren und leitenden Geschäftsführern hat die Gesellschaft beinahe 1000 Personen in ihrem Dienst. Die Lever-Brothers haben heute ein genehmigtes Aktienkapital von 130 Mill. Pfund, von denen 56,8 Mill. Pfund eingezahlt sind, wobei jedoch das Stammkapital nur 2,4 Mill. Pfund beträgt. Daneben besteht eine Obligationsschuld von 7,8 Mill. Pfund. In Margarine- und Lebensmittelunternehmungen sind 5,85 Mill. Pfund angelegt.

Wie diese Schilderung zeigt, ist die Margarine-Union mit einem sehr gut fundierten Unternehmen vereinigt, das in verschiedenen Weltteilen Produktionsstätten, Handelsgesellschaften und Absatzorganisationen hat. In erster Linie aber wird die Macht dieses Konzerns auf dem Rohstoffmarkt große Vorteile für die angeschlossenen Organisationen bringen. Traten beide Gesellschaften sich bislang als Konkurrenten auf dem Rohstoffmarkt gegenüber, so scheidet dieses nunmehr aus. Die vereinigte Gesellschaft verfügt selbst über großen Landbesitz und über große, eigene Saatplantagen. Schon hierdurch kann sie ihren Einfluß auf dem Rohstoffmarkt für Ölsaaten und -früchte in die Waagschale werfen. Auf den übrigen Handelsplätzen für Ölsaaten und -früchte trifft dieses Konzernunternehmen als Großkäufer auf. Ihm kommt hier beinahe eine Monopolstellung zugute.

Neben dieser günstigen Stellung auf dem Rohstoffmarkt soll diese Vereinigung Vorteile auf dem Absatzgebiete und im Handel bringen. Die bislang bei beiden Gesellschaften bestehenden vorzüglichen Verkaufs- und Absatzorganisationen können sich gegenseitig ergänzen, die eine kann für die andere nutzbar gemacht werden. Alles das sind große Vorteile von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Margarine-Union hat in Deutschland in letzter Zeit ihre Macht wesentlich erweitert. Sie hat nach zuverlässiger Information den größten freien Betrieb, der noch bestand, und über 500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte, unter ihren Einfluß gebracht. Sie hat außerdem noch einige Kleinbetriebe dem Einfluß der Union unterstellt. Dazu kommt nun die Vereinigung mit der englischen Gesellschaft Lever-Brothers Ltd. Die Gefahr, daß hier ein Konzerngebilde entsteht, das über kurz oder lang eine Monopolstellung auf dem Markte der pflanzlichen Öle und Fette ausübt, ist damit in bedenkliche Nähe gerückt.

Die „Margarine-Industrie“ verweist darauf, daß die Entwicklung durch diesen Zusammenschluß noch nicht abgeschlossen sein dürfte. Es steht zu erwarten, daß sich der Seifenkonzern Procter Gamble & Co. in den Vereinigten Staaten mit dem geschaffenen Großkonzern vereinigt. Der Konzern Procter Gamble & Co. wurde 1890 gegründet und hat ein Aktienkapital von 25 Millionen Dollar. In den letzten Jahren wurden 35 bis 40 Prozent Dividende verteilt. Der Konzern befaßt sich in erster Linie mit der Seifenproduktion, wovon er 30 Prozent in den Vereinigten Staaten beherrscht. Er beherrscht außerdem 40 Prozent der Glyzerinproduktion in den Vereinigten Staaten. Der Umsatz betrug im letzten Jahre 179,6 Million Dollar. An dieser Gesellschaft ist das Bankhaus J. P. Morgan in erheblichem Umfange beteiligt. Käme also eine Vereinigung des Konzerns Procter Gamble & Co. mit dem großen englisch-deutschen Margarine-, Öl- und Seifenkonzern zustande, dann würde Morgan gewissermaßen die Kontrolle über diese Gesellschaft übernehmen.

Nach Mitteilungen der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 15. September 1929 ist die Vereinigung mit der Gesellschaft Procter Gamble & Co. so gut wie perfekt. Es wird in diesem kurzen Artikel einleitend folgendes ausgeführt:

Die Verständigung zwischen der Margarine-Union und der Procter & Gamble Co. hat einen Weltkrust geschaffen, der über ein Kapital von schätzungsweise 1 1/2 Milliarden Mark verfügt. Das Ziel der Verständigung ist neben einer Abgrenzung der Marktgebiete die Durchführung einer gemeinsamen Einkaufs- und Verkaufspolitik sowie eine Preiskonvention.

Was nach der „Margarine-Industrie“ zu erwarten steht, ist nach dem Artikel der „Industrie- und Handelszeitung“ bereits eingetreten. Sollte aber die Vereinigung der Union mit Procter Gamble & Co. noch nicht ganz perfekt sein, so dürfte sie in nächster Zeit zustande kommen. Wir würden dann auf dem Gebiete der pflanzlichen Öle und Fette von der Seifenherstellung resp. vom Rohstoffhandel bis zum Endprodukt (Margarine, Seife, Glyzerin usw.) mit einem Weltkrust zu rechnen haben, der über 1 1/2 Milliarden Mark Kapital verfügt und der bei der Margarineherstellung in Deutschland mit ungefähr 80 Prozent beteiligt ist. Die Gefahr, daß dies Krustgebilde sich einmal gegen die deutschen Konsumenten auswirken wird, liegt sehr nahe. Wenn Preissteigerungen für Margarine nicht eingetreten sind, dann liegt das daran, daß die Margarineindustrie sich bei der Rohstoffversorgung gegenüber der Vorkriegszeit stark umgestellt hat, so daß sie zunächst dadurch ihre Vorteile findet. Es ist möglich, daß sie weitere Vorteile auf dem Gebiete der Rohstoffe durch die neue Machterweiterung genießt. Weiter ist eine Preiserhöhung dadurch zurückgehalten worden, daß die Produktion durch starke Rationalisierung bedeutend verbilligt wurde.

Für die Arbeiterschaft der Margarineindustrie hat diese Rationalisierung nur eine stärkere Anspannung ihrer Kräfte gebracht. Wiederholt ist sehr darüber geklagt, daß die Arbeitskräfte des einzelnen durch zu starke Anspannung bis zum äußersten ausgenutzt werden. Von dem Zusammenschluß wird nun ein weiterer Fortschritt auf dem Gebiete der Rationalisierung erwartet. Wo diese Erwartung zu suchen ist, wissen wir aus Erfahrung. Schon bislang haben es die einzelnen Konzernbetriebe vorzüglich verstanden, einen Betrieb in der Leistung gegen den anderen auszuspielen. Auch dann, wenn die technischen Einrichtungen nicht immer die gleichen waren. Nach allen Regeln der Kunst wird hier das Letzte aus dem Arbeiter herausgeholt. Die Arbeiterschaft hat also von dieser Konzentrierung nichts Gutes zu erwarten. Die Herren von den Konzernen sollen aber nicht vergessen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter eine Grenze hat, über die namentlich eine Margarinefabrik, die in erster Linie auf den Massenkonsum angewiesen ist, nicht hinausgehen sollte.

# Verschiedene Industrien

## Von der Entwicklung des Spielzeugs.

I.

Zu allen Zeiten war das Spielzeug ein Spiegelbild der natürlichen Umwelt. Das zeigt seine Entwicklungsgeschichte in allen ihren Formen. Fast jedem Spielzeug, das bekanntgeworden ist, lag ein hoher erzieherischer Wert und Zweck inne. Das trifft auch heute noch zu. Der tiefere Sinn des Spielzeugs ist, den kleinen heranwachsenden Staats- oder Weltbürger vorzubereiten für den Lebenskampf und die Lebensaufgaben, den oder die er als erwachsener Mensch einmal zu führen oder zu erfüllen hat.

Der Spieltrieb des Kindes ist, wie aus der Geschichte zu ersehen, zu allen Zeiten und bei allen Völkern gleich gewesen. Freude an Nachahmung des auf das Kind Einwirkenden regte seine Phantasie zur Betätigung an. Dabei haben Zeit, Volk, Geschlecht und Alter bei Betätigung zum Spiel stets ihre Eigenart bewahrt und solange Stände und Klassen innerhalb der Menschheit aufgerichtet sind, haben sich auch da Eigenarten nach der jeweiligen wirtschaftlichen Stellung der einzelnen Ständes- oder Gesellschaftsfamilie gebildet und dem ursprünglichen hinzugefügt. Von diesem Zeitpunkt an kann nicht mehr allein vom Spielzeug der Zeit, des Volkes, des Geschlechts oder des Alters gesprochen werden; denn nun ist ja die wirtschaftliche Stellung der Familie ausschlaggebend geworden zur Verwendung von Spielzeug zur ersten Vorbereitung der kleinen und kleinsten Familienangehörigen für das spätere Leben.

Die Herstellung von Spielzeug wurde ursprünglich wahrscheinlich von den Eltern oder dem Kinde selbst vorgenommen; erst später vom Handwerker. Nach Karl Gröber "Kinderspielzeug aus alter Zeit" hat fast alles Spielzeug vom Ursprung der Menschheit an aus Holz bestanden. Bekannt sind solche Spielzeuge nur einzeln geworden. Das ist auch erklärlich, wenn man die geringe Haltbarkeit des Holzes während einer so langen Zeit in Rechnung stellt. Erhalten sind dagegen eine Reihe von Artikeln aus dem Altertum, die als Spielzeug angesehen werden können. Die Artikel sind aus Ton, Bronze, Kalk, Blei und ähnlichen Stoffen hergestellt.

Karl Gröber schildert die Spielzeugherstellung bis zur Viedemeierzeit wie folgt:

„Der Kreis der Vorbilder, dem das Spielzeug entnommen ist, erstreckt alle Erhebungen aus dem Gesichtsfeld des Kindes und dieser ist nach Zeit und Land immer mehr oder weniger verschieden, im tiefsten Grunde aber immer gleich. Puppen und Harztiere überwiegen, und ihre formale Darstellung ist beim primitiven Erzeugnis aller Zeiten fast die gleiche. Beim kulturell fortgeschrittenen Hersteller werden Konzeptionen an den Zeissstil immer mehr in den Vordergrund treten. Es ist dabei selbstverständlich, daß im alten Ägypten das Krokodil und andere wilde einheimische Tiere in den Kreislagen der Darstellung gezogen wurden, daß das Mittelalter ebenso zwangswise Ritterrüstungen als Spielzeug brachte, wie die Zeit Friedrichs des Großen Gärten von Zinnsoldaten zum begehrtesten Gegenstand der spielenden Jugend machte. Das Rokoko ist in dieser Hinsicht grundverschieden von dem harmonischen elegischen Viedemeier. An Auswüchsen, die jeder Kunstzweig gelegentlich zeigt, hat es auch nie gefehlt, wie die eckelberühmten Spielzeugquillstämme zum Köpfen von Puppen, die in der französischen Revolution öfters vorkommen, beweisen.“

Die Guillotine scheint Ende des 18. Jahrhunderts als Kinderspielzeug keine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Es wurden mit diesem Kinderspielzeug „kleine Aristokratenpuppen geköpft“, eine Nachahmung aus der französischen großen Revolution 1789. Goethe wollte seinem Sohne 1793 ein solches Spielzeug schenken. Seine Mutter verbütete aber dieses Vorhaben. Die Literatur weiß darüber folgendes zu berichten:

„Im Dezember 1793 bestellte er (gemeint ist Goethe. Die Red.) bei der Mutter in Frankfurt für seinen kleinen August eine solche Spielzeugguillotine. Er kam damit allerdings bei seiner Mutter gerade an die Richtige; in ihrer resoluten Art schrieb sie ihm umgehend: „Lieber Sohn! Alles was ich Dir zu gefallen thun kann, geschieht gern und macht mir selbst Freude — aber eine solche infame Mordmaschine zu kaufen — das thue ich um keinen Preis — wäre ich Obrigkeit, die Verfertiger hätten an Halsseilen gemußt — und die Maschine hätte ich durch den Schinder öffentlich verbrennen lassen — ihnen Mord und Blutvergießen als einen Zeitvertreib in die Hände geben — nein, da wird nichts daraus.“

Den Standpunkt der Mutter Goethes 1793 sollte sich heute jede Mutter in allen Staaten der Welt zu eigen machen, angewandt auf die Besenkung von Kindern mit Schießprügeln und sonstigen modernen Mordwerkzeugen.

Die Entwicklung der Spielzeugherstellung von der Viedemeierzeit bis jetzt ist in der Form vor sich gegangen, daß die Herstellung sich auch wie früher immer mit ihren Produkten dem jeweiligen Zeitgeist anpaßte. Die Spielwaren des 19. Jahrhunderts sind ein Beweis dafür. Die Industrialisierung ganzer Länder wirkte revolutionierend auf den Geist der betreffenden Menschen und so auch befruchtend für die Spielzeugherstellung.

Das 19. Jahrhundert brachte der deutschen Spielzeugherstellung Monopolstellung auf dem Weltmarkt. Die Vorbedingung dieser Stellung war, die Eigenart der einzelnen Völker zu ergründen und diesen Eigenarten bei Herstellung von Spielzeug Rechnung zu tragen. Das ist bis 1914 mit wenigen Ausnahmen gelungen. Später entstanden in fast allen Ländern eigene Spielwarenindustrien, welche die deutsche auf dem Weltmarkt zurückdrängten. Dazu kommt, daß in den letzten Jahrzehnten sich bei den verschiedenen Völkern die geistige Einstellung gewaltig geändert hat und damit in der Regel das gesamte Wirtschaftsleben und die Lebensweise der einzelnen Menschen. Auf solcher Grundlage geänderte Menschen brauchen andere, dem neuen Zeitgeist angepaßte Spielwaren. Dem ist die Spielzeugherstellung gerecht geworden. Den ehemaligen toten Artikeln ist Lebendigkeit gegeben. Das ist zu erkennen an allen Spielsachen, die uns heute gegenüber treten, seien es Gesellschafts- oder Beschäftigungsspiele, Spielwaren, die der modernen Technik nachgebildet sind oder solche sonstiger Art. Sie alle strahlen den Geist der Gegenwart aus. S. Effein.

## Die deutsche Spielwarenindustrie im ersten Halbjahr 1929.

Der Beschäftigungsgang in der Spielwarenindustrie war im ersten Halbjahr 1929 schleppend. Das trifft vor allen Dingen auf die Beschäftigung in den Betrieben zu. Es ist eine Umwandlung von Betriebsarbeit in die Heimarbeit festzustellen. Die Heimarbeit war zum Teil sehr gut beschäftigt.

Der Außenhandel weist im Vergleich zum ersten Halbjahr 1928 eine Senkung auf. Im ersten halben Jahre 1928 wurden 153 102 Doppelzentner im Werte von 38 515 000 Mk. ausgeführt. In der gleichen Zeit 1929 waren es nur 138 386 Doppelzentner im Werte von 34 483 000 Mk. Das ist ein Rückgang von rund 15 000 Doppelzentner im Werte von rund 4 Millionen Mark.

An dem Exportausfall sind stark beteiligt die Vereinigten Staaten von Amerika, der Australische Bund, ein Teil asiatischer Länder, Österreich, die Schweiz, Ägypten und Britisch-Indien.

Hochprozentigen Anteil am Rückgang der Spielwarenausfuhr haben die Holzspielwaren. Das Interesse des kaufenden Publikums für Holzspielwaren scheint abzunehmen. Das Abflinken der Holzspielsachen in der Ausfuhr wurde schon auf der diesjährigen Frühjahrsmesse sichtbar. Da hat das Messengeschäft für diese Produkte gegenüber der Frühjahrsmesse 1928 merklich nachgelassen. S. Effein.

## Frauenfragen.

### Ein ernstes Wort an die Kolleginnen, die es angeht.

Unseren Kolleginnen ist bekannt, daß wir seit vielen Jahren und besonders in den letzten Jahren eifrig bemüht sind, durch Frauenveranstaltungen und rege Frauenagitation das Interesse der Arbeiterinnen für das Gewerkschaftsleben zu wecken. Wir wollen durch Wort und Schrift, durch aufklärende Agitation und bildende Vorträge mehr Mitglieder und besonders Funktionärinnen für die Mitarbeit gewinnen. Wir wollen die weibliche Mitgliederzahl in den Betrieben steigern. Dazu bedarf es der zähen und ersten, zumindest aber der verständnisvollen Mitarbeit der organisierten und überzeugten Kolleginnen. Leider müssen wir feststellen, daß es noch immer Kolleginnen gibt, die die Mitarbeit der Frau gar nicht wollen, oder sogar die Frauenagitation verächtlich machen. Es ist geradezu unverständlich, weshalb viele Kolleginnen die Mitarbeit der Frau im Betriebsrat oder als sonstige Vertrauensperson ablehnen. Auf Frauenkonferenzen und in Frauenversammlungen wird von Kolleginnen oft zum Ausdruck gebracht, daß Anregungen im Betriebe selten sind und die Kolleginnen zur intensiven Mitarbeit gar nicht herangezogen würden, obgleich sie ihre Bereitschaft zur Arbeit für die Sache in Versammlungen und im Gespräch mit Funktionären schon bekundet hätten. Bezeichnend ist ein Fall, wonach eine in Vorschlag gebrachte Kollegin gar nicht auf die Vorschlagsliste der Betriebsräte gestellt worden wäre, wenn der Zahlstellenleiter nicht in allen vorhergehenden Sitzungen die Notwendigkeit hierfür hervorgekehrt hätte. Ebenjowenig kollegial ist es, wenn die wirklich nun gewählte Betriebsrätin zu Betriebsratsitzungen überhaupt nicht hinzugezogen wird und erst nachträglich erfährt, daß eine Betriebsratsitzung stattgefunden hat. Das ist schon vorgekommen. Es soll hier nichts übertrieben werden. Aber in manchen Betrieben sieht es mit der Gleichberechtigung der Frau noch recht betrüblich aus. Manche Kolleginnen klagen allen Ernstes, gute Gewerkschafter und gute Kämpfer für eine bessere Gesellschaftsordnung zu sein, jedoch für ihre Mitarbeiterinnen — manchmal für die Frauen überhaupt — haben sie nicht die notwendige Wertschätzung. Diese Kolleginnen reden meistens gerne von der „Unzulänglichkeit“ der Frau sowohl in organisatorischer wie technischer und sonstiger Hinsicht. Kein Wunder, daß bei solcher Einstellung Reibungsmöglichkeiten innerhalb des Betriebes gegeben sind, die uns nicht erwünscht sein können. Mit der billigen Phrase von der altbekannten Rückständigkeit der Frau können wir keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten. Wir können damit auch keine Wege finden, die Arbeitsfreudigkeit der Kolleginnen zu steigern. Es ist auch nicht die richtige Art, die Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen. Vor allen Dingen ist es wichtig, zu beachten, daß die Kollegin ebenso ernst genommen sein will wie der Kollege. Und sollte wirklich hier und da mal die Kollegin zur Mitarbeit an führender Stelle nicht so recht geeignet sein, dann ist das noch lange kein Grund, auf die Mitarbeit der Funktionärinnen überhaupt zu verzichten. Überdies trifft es in den angeführten Fällen nicht zu, daß es sich um ungeeignete Funktionärinnen handelt.

Die Kolleginnen werden sich wohl oder übel damit abfinden müssen, nicht nur in der Produktion mit den Frauen zusammenzuarbeiten, sondern auch in der Interessenvertretung der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Kolleginnen Hand in Hand zu gehen. Die Verhältnisse drängen dahin, daß immer mehr Frauen die Erwerbsarbeit aufnehmen. Da nützt es nichts, mit scheelen Augen die Arbeiterin als lästige Konkurrentin und Lohnrückerin zu betrachten, sondern die tatsächliche Lage zu erkennen, das Arbeitszeit- und Lohnproblem der Wichtigkeit entsprechend zu erfassen. In den meisten Fällen ist es wirtschaftliche Not, die ledige wie verheiratete Frauen zur Erwerbsarbeit zwingt. Hinzu kommen vereinzelte Fälle, daß Frauen — um wirtschaftlich unabhängiger zu sein — Erwerbsarbeit verrichten. Letzten Endes darf auch nicht übersehen werden, daß vor allem die wirtschaftliche und technische Entwicklung die Frauenarbeit besonders begünstigt. Weniger günstig wirkt sich diese Entwicklung auf den Gewerkschaftskampf aus, weil die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit bis zu einem gewissen Grade hemmend auf die Tarifentwicklung der Gewerkschaften wirkt. Die Unternehmer sehen in der Steigerung der Arbeiterinnenzahl zugleich eine Steigerung ihrer Profite, denn die Leistung der Frau wird geringer gewertet — die Frauenarbeit niedriger bezahlt. Hier liegt die Aufgabe der Funktionäre und Funktionärinnen, rafflos zu agitieren und organisieren, wenn wir Besserung schaffen wollen. Agitationsmaterial und Flugchriften sind vorhanden. — In den seltensten Fällen kommt die Arbeiterin von selbst zur Organisation. Trotz größter wirtschaftlicher Not erkennt sie heute noch nicht allenthalben den großen materiellen und seelischen Wert der Gewerkschaftsbewegung. Vielsch ist in der eigenen Familie auch noch die irrtümliche Meinung verbreitet, daß, wenn der Vater oder einer von beiden erwerbsfähigen Eheleuten organisiert sei, dies dann genügen müsse. Nicht selten hört man auch von organisierten Kolleginnen sagen: „Meine Tochter braucht nicht in den Verband; sie ist noch zu jung; sie soll erst mal was verdienen, und außerdem bin ich ja organisiert.“ Sicher ist hier vielfach nur Unwissenheit und Un-

klugheit vorherrschend — wogegen aber auch angekämpft werden muß.

Es kommt stets darauf an: Mehr Klassenbewußtsein, mehr Gemeinschaftsgefühl und damit auch mehr praktische Arbeit in den Betrieben für unsere Sache an den Tag zu legen. Leider können wir nicht sagen, daß dies alles schon als etwas Selbstverständliches in der Bewegung auch Geltung hat. Sonst brauchten diese Zellen nicht geschrieben zu werden. Wer nicht für Hebung der Kampfkraft seiner Mitarbeiterinnen eintritt, ist auch kein Klassenkämpfer, mag er noch so tüchtig oder „radikal“ erscheinen. Nur konsequente Einstellung zu den Fragen und Aufgaben der Arbeiterbewegung bringt uns vorwärts und hilft die bessere Gesellschaftsordnung errichten. Rückständigen Kolleginnen muß dies gesagt werden, damit die Frauenagitation besonders in der Gewerkschaftsbewegung vorwärts getrieben wird. Anna Jammert.

## Konferenz der Frauen und Mädchen im Gau 4.

Zu der auf den 15. September 1929 nach Steffin ins Volkshaus von der Gauleitung einberufenen Frauenkonferenz waren 30 Kolleginnen und 14 Kollegen delegiert. Als Referentinnen waren die Kollegin Jammert (Hannover) und die Kollegin Rumberger (Braunschweig) gemeldet.

Der Gauleiter, Kollege Wiefenhütter, eröffnete die Konferenz um 11 Uhr vormittags und begrüßte die Delegierten. Als erste Referentin sprach die Kollegin Jammert über „Sozialpolitik und Arbeiterinnenfragen“. Sie las das Referat der Kollegin Jammert über das gleiche Thema in den Nummern 12 und 22 des „Proletarier“ vom Jahre 1929.

Reicher Beifall dankte der Referentin für ihre von Herzen zu Herzen gesprochenen Worte. Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach die Kollegin Rumberger (Braunschweig) über „Die Frau im Wirtschaftsleben“ und führte aus:

„Nach dem mittelalterlichen Standpunkt gehört die Frau ins Haus. Sie durfte den Haushalt versehen, Kinder gebären und erziehen; doch weiter hinaus durfte sie nicht. Nach den damals herrschenden Gesetzen war die Frau dem Manne untertan; daher das Minderwertigkeitsgefühl der Frau. In den Zeiten der Zünfte weigerten sich die Gesellen, mit Frauen zusammenzuarbeiten. Auch heute häufen sich die Klagen, daß die Arbeiterinnen es zu fühlen bekommen, wenn durch Umstellung eines Arbeitsprozesses, durch Arbeitsstellung, Verwendung neuer Maschinen usw., Arbeiten von Frauen verrichtet werden, die früher von gelernten Arbeitern ausgeführt wurden. Immer wieder müssen die Arbeiterinnen hören, sie nehmen den Männern die Arbeit weg und verschlechtern die Löhne der Männer. Darum ist es Pflicht eines jeden, dahin zu wirken, daß Frauenarbeit der Arbeit der Männer gleichgestellt wird und dafür auch die gleichen Löhne gezahlt werden.“

Rednerin forderte in ihrem Referat ebenfalls die Frauen auf, dahin zu wirken, daß sie in allen öffentlichen Ämtern vertreten sind. Wo Frauen in den öffentlichen Ämtern mitberaten und beschließen, ist es nicht zum Schaden der Allgemeinheit.

Auch der Kollegin Rumberger dankte reicher Beifall. In der Aussprache beteiligten sich mehrere Kolleginnen und Kollegen. Es wurden verschiedene Anfragen gestellt und diese von der Kollegin Jammert beantwortet.

In ihrem Schlusswort forderte die Kollegin Jammert die anwesenden Kolleginnen und Kollegen auf, mitzuwirken und mitzuwirken an dem Aufbau der Gewerkschaft. Die erste und heiligste Pflicht der arbeitenden Frau sei es, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Nicht hintenangeheißt, sondern vorn in die ersten Reihen! Als letzter ergriff Kollege Wiefenhütter das Wort. Er wies die Kolleginnen und Kollegen darauf hin, sich mehr zu schämen, d. h. mehr die Zeitung zu lesen. Bedauerlicherweise muß man heute noch feststellen, daß eine Augenbergpresse in den Kreisen der Arbeiterschaft gelesen wird.

Auch Kollege Wiefenhütter betonte, daß Gewerkschaftsarbeit nicht mehr ohne die Frau geht. — Mit einem Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter wurde die Konferenz um 15 Uhr geschlossen.

## Rundschau.

### Die SPD. ist die Arbeiterpartei.

Das langjährige Mitglied der Kommunistischen Partei u. Redakteurmitglied der in Leipzig erscheinenden „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Hans Püß, ist zur SPD. übergetreten. In einem Schreiben an den Bezirksvorstand Leipzig teilt Püß u. a. folgendes mit:

„Die Fraktionskämpfe in der kommunistischen Parteiführung haben die ehemalige starke kommunistische Partei bis auf einen einflusslosen Rest zerstört. Theoretische Unfruchtbarkeit, Korruption, Anschuldigungen, Feigheit und Rückgratlosigkeit sind besondere Merkmale, die den zur Führung Geeigneten in den Komintern kennzeichnen. Die deutsche Russlanddelegation, an deren Spitze Thälmann von Moskau zurückkehrte, übermittelte dem deutschen Proletariat die neue These, daß Korruption kein Verbrechen sei. Auch die KPD.-Opposition kann nach Lage der Dinge politisch nichts anderes sein als ein nutzloses Bruchfeld, auf dem wertvolle Kräfte vermodern. Die SPD. ist die Partei der Millionen, ist die Partei, zu der die deutschen Arbeiter ihr Vertrauen in tausendfältiger Form manifestieren. In der KPD. wird der Arbeiter zum willenlosen Stimmvieh, zum Sprungrett für Karrieristen degradiert. Darum gehören alle Proletarier in Stadt und Land in die große, starke, mächtige Arbeiterpartei, in die Sozialdemokratische Partei.“

### Nochmal: Professor Horneffers „Wissenschaft“.

Aus der Broschüre des Professors Horneffer „Frevel am Volk“ brachte der „Proletarier“ in seiner Nr. 35 folgende Notiz:

„Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst vor Armut und Hunger getrieben werden, wenn diese Peitsche der Not und des Zwanges nicht mehr hinter ihren Rücken droht, dann tun sie nichts mehr, dann erschaffen sie, dann erlahmt und erlischt die Arbeitskraft.“ Dazu schreibt unser in einem Harburger Betrieb beschäftigter Kollege Adrian:

„Professor Horneffer hat sich wahrscheinlich verschrieben. Die Stelle müßte heißen: Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst vor Armut und Hunger getrieben werden, wenn die Peitsche der Zwangsbeschäftigung nicht mehr hinter ihren Rücken droht, wenn sie den Lohn ihrer Arbeit sehen und teilhaben können an dem Erfolg ihres Schaffens, dann wird der einzelne mit Lust und Liebe seine Arbeit verrichten und mit Freude an sein Werk gehen, zum Nutzen der gesamten Menschheit.“

So denkt und schreibt ein Arbeiter, und das ist die Regel. Herr Professor. Vielleicht hat der Herr Professor noch niemals gehört, wie viele Menschen alljährlich durch Selbstmord erhen, weil sie keine Aussicht auf eine Arbeitsstelle haben.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Sein letzter Weg!

Durch die Straßen der Großstadt irrte ein Mann; kaum daß er an der Straßenkreuzung die Gefahren beachtete, die ihn von rechts und links durch den Verkehr bedrohten. Eine wunderbare Sommernacht hatte viele hinausgelockt ins Freie; so fiel auch er nicht auf, sondern tauchte unter in dieser Masse.

Jetzt war er in den herrlichen Parkanlagen angekommen. Tiefe Stille umgibt ihn hier und sagte ihm, daß es schon sehr spät sein müsse. Nur hin und wieder drang heimliches Geflüster zu ihm herüber, wenn er an einer Bank vorbei kam. Und jetzt hörte er ganz deutlich: „Werde nicht mißmutig, liebes Mädchen, habe Geduld, nur noch eine kleine Weile, dann habe ich Arbeit — dann können wir heiraten — und dann — dann —!“ Die Schritte des Einsamen wurden langsamer, und wie aus schwerem Sinnen heraus wiederholte er: „Nur noch eine kleine Weile — dann habe ich Arbeit — dann werden wir heiraten — ja dann — dann —!“ Hatte nicht auch er vor einigen Monaten so zu seinem Lieb gesprochen, als er nach der großen Aussperrung nicht mehr eingestellt wurde und alle Mühe vergebens war, in seiner Heimat Beschäftigung zu finden? — Überall, wo er anfragte und den Taktchen entsprechend die Angabe machte, daß er ausgesperrt war und nicht wieder eingestellt worden sei, da war auch keine Arbeit für ihn. So gingen Wochen zwischen Gängen und Gängen hin. Die Leistungen der Erwerbslosenversicherung waren erschöpft, und man gab ihm zu verstehen, daß er sich im Kohlengebiet nach Arbeit umsehen sollte. So nahm er Abschied von Zuhause, von allem, was er lieb hatte, gab seinem Mädchen das Versprechen, daß er sie holen werde, sobald er selbst Arbeit und Auskommen hätte.

Monate sind hingegangen, und noch besteht keine Aussicht, daß sich seine sehnlichsten Wünsche bald erfüllen werden. Was ist doch aus ihm geworden? Sonst war er doch immer so froh und heiter; er hatte Arbeit, hatte Pflichten, hatte stets Menschen um sich, die nach ihm verlangten, denen er viel sein konnte. Und heute? — So nutzlos kommt er sich vor, und quälend steigt immer und immer wieder die Frage in ihm auf: „Warum — warum?“ Er setzt sich auf eine Bank in der Anlage. Fester hält er sich in seine Jacke, denn ihm wird kalt, trotz der wunderbaren Sommernacht. Auch der Regen machte sich bemerkbar, und es fiel ihm ein, daß er schon seit zehn Tagen kein warmes Essen mehr gehabt, daß er eigentlich nur von Brocken gelebt, die vom Tische mitleidiger Menschen fielen. — Plötzlich spürt er auch, wie dünn seine Kleider geworden, und wie ein Dämon steigt in seinem Innern ein Entschluß auf: Entweder Arbeit — oder —?

Der Morgen graut. Bleich, übernächtigt verläßt er die Anlagen und lenkt seine Schritte zum Rheine, um sich etwas zu verdienen, denn er ist so müde, er möchte schlafen — Er geht in den Schalteraum einer Tageszeitung, an dem vorbeikommt, durchblättert die Zeitungen und denkt: Vielleicht? — Plötzlich weiten sich seine Augen. Er liest: „Ein Lagerarbeiter gesteht“

Er beugt sich, daß niemand ihm zuvorkomme. Noch ist es ja erst 8 Uhr morgens. Der Portier heißt ihn warten und weist ihm einen Tisch an in seinem Raum. Lange sah er da, während der Portier nach dem Betriebsleiter suchte. Die weiche Luft dieses Raumes ließ ihn noch mehr ermüden. Er wehrte sich gegen das Zufallen der Augenlider — und doch geschah es — er schlief ein.



Als der Portier mit dem Betriebsleiter zurückkam, fanden sie folgendes Bild: Auf seinem Tische lag der Arbeitende und schlief so fest, daß er das Anklopfen der beiden nicht hörte. Die Hände hingen schlaff herab, der Kopf war ihm entfallen und lag in der Ecke. Seine Mundwinkel zuckten, als wehrten sie sich gegen etwas, — sehr unwohl zu sein schien, denn es folgte immer ein lautes Schnarchen.

Als sah die Herrlichkeit der beiden gelost hatte, schafften sie den Arbeitenden, und zwar nicht gar zu leicht. Erstschrecken fuhr er auf, sah sich wie bestarrt im Raume um. Doch es blieb ihm nicht viel Zeit dazu, denn schnarrend fuhr ihn der Betriebsleiter an: „Welche Arbeiter können mir gerade noch brauchen. Die schon morgens schlafen, — tun ohnehin nicht gar viel. — Hinans, und seien Sie froh, daß wir Sie noch gewacht und nicht so hinausgeworfen haben!“ Jetzt erst wurde ihm wieder seine Lage klar. Verwirrungsstille stand er auf der Straße. In ihm herüber drang noch das Geräusch der beiden.

Oh, sie hatten gut lachen. Sie waren satt, hatten sich im weichen Fell ausgerollt, kannten nicht die Sorge und Qual des Arbeitenden, sie hatten Stellung und Verdienst. Sie kannten nicht das große gewaltige Sehen, das diesen Arbeiter bezieht, ein tägliches Glied in der menschlichen Gesellschaft zu sein, nicht nur wie ein Tier dazuzuleben, sondern zu sein an dem, was ihm hingeworfen. Nur einen Augenblick steht er auf der Straße. Er kann nur über ihn, steht dort, wie eine Welle die andere kratzt, und wieder kratzt ihn schmerzhaft das Sehen: Nur frei sein von dieser Qual, nur Ruhe — Ruhe! Weiter denkt er nicht mehr. Wie ein Irrsinniger springt er nach dem Her, — einen Augenblick



noch, dann hört man ein Aufklatschen, ein Gurgeln des Wassers, ein Wirbel zieht weite Ringe — sonst ist alles still.

Noch einmal kommt er an die Oberfläche. Nach Halt suchend fassen seine Hände — er ruft seinen Namen — dann geht er wieder zurück in die Tiefe.

Der Rhein zieht weiter seine Bahn. Nichts verrät, daß er soeben ein Menschenleben von einem schweren Daseinskampf erlöst; nur die Wellen scheinen sich murrend zu erzählen von einem steifen Kommen und Gehen.

Einige Passanten hatten die Verzweilungstat beobachtet und standen inselnd und urteilend am Ufer. Immer mehr gellekten sich zu ihnen; Boote wurden ausgesetzt, um den Ertrunkenen zu suchen, — doch nutzlos. „Dem war's zu heiß!“ spottete einer. Ein anderer wollte von einem unglücklichen Liebesverhältnis wissen. Ein Auto, das neben die Straße emslang fuhr, hielt an, und ein „Setz“ entstieg ihm, angelockt durch die Menschenmenge.

„Was ist hier vorgegangen?“

Hier ist einer ins Wasser gesprungen!“ antwortete man ihm. „Nah, ein Selbstmörder —“ rief er wegwerfend, „nicht des Aufsehens wert!“ Kerkengerade ging er zu seinem Auto zurück. Die Zeitungen berichteten an anderen Tagen: „Selbstmord. Gestern morgen sprang ein etwa 30jähriger Mann in den Rhein. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht gefunden werden. Obenwiegend sind die Personalien bekannt, noch was ihn in den Tod getrieben.“

Nicht weiß von der Todesstätte hätten ein Portier und ein Betriebsleiter nähere Angaben machen können. Diese bemühten sich aber nur, den „Spaß“ des Morgens in Freundeskreisen zum besten zu geben.

Ja, das ist einer von den vielen, welche die Not in den Tod getrieben. Können wir die Lokalberichte aller deutschen Zeitungen durchgehen, wir würden täglich eine Reihe finden, die, gezeichnet durch Arbeitslosigkeit und andere Sorgen und Nöte freiwillig aus dem Leben gehen. Schwer müßte dann die Frage auf uns lasten: Ja, muß es denn sein, daß wir soviel Opfer zu beklagen haben? Hat nicht jeder Recht auf Arbeit? Sehen wir uns dann einmal die Berichte über den Arbeitsmarkt und über die Wirtschaftslage an und ziehen Vergleiche, sehen uns aber auch die Berichte über die schweren Kämpfe, die geführt werden im Reichstag, in den Versicherungsämtern einestheils um Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, andererseits für Verschlechterung derselben an, betrachten wir die Gleichgültigkeit so vieler Kollegen und Kolleginnen diesen wichtigen Problemen gegenüber, dann kommen wir zu dem Resultat: Nein, es brauchen nicht so viele entrechtet, qualvoll durchs Leben zu gehen und es vor der Zeit beschließen, würden wir alle unsere Pflicht als freie, denkende Menschen erfüllen, durch die Tat und freies Zusammengehen den Forderungen unserer Führer Nachdruck zu verleihen. Neue, bessere Verhältnisse werden nur geschaffen, wenn jeder mithilft, mitschöpft und sich mit Wollen und Können einsetzt für Recht und Menschentum. Bertha Rich.

## Die fünfte Liebe.

Ein Roman aus dem heutigen Rußland.

Das Rußland der letzten Jahre hat in der schönen Literatur, die ins Deutsche überetzt worden ist, noch keine Wiederpiegelung gefunden. Nun ist es kaum denkbar, das ganze heutige Rußland mit seinen so vielfältigen Problemen in einem Roman zu erfassen. Hinzu kommt noch, daß im heutigen Rußland ein Zeitraum von zwei bis drei Jahren eine große Zeitspanne bedeutet, so daß also ein Roman, der etwa in den Jahren 1922 bis 1924 spielt, ein ganz anderes Rußland schildert als ein Roman, dessen Handlung in den Jahren 1927 bis 1928 abläuft. Schon deshalb ist das Erscheinen des großen Romans „Die fünfte Liebe“ von Karpow, der in den letzten Jahren spielt, zu begrüßen. Karpows „Fünfte Liebe“ spielt in den Jahren, welche die Zeit des Bürgerkrieges nur noch als Erinnerung an eine heroische Periode kennen, in der die junge Sowjetrepublik sich gegen die inneren Feinde zu wehren hatte, die mit bewaffneter Hand das Regime des Kapitalismus wiederherzustellen bemüht waren. Über Karpows Roman bietet nicht nur dieses eine Neue, daß er völlig in den allerletzten Jahren spielt. Der Roman behandelt außerdem einen Teil der großen russischen Republik, der in der Weltliteratur nur wenig bekannt ist, das russische Dorf.

Es gibt nicht viele Bauernromane, die beachtenswert sind. Der mit dem Nobelpreis gekürnte Roman „Die polnischen Bauern“ des polnischen Dichters Reymont ist einer der wenigen Romane, die mit Recht größtes Aufsehen erregt haben. Man „entdeckte“ durch diesen Roman, daß auch die rückständigen Bauern Menschen sind mit sehr entwickeltem Seelen- und Gefühlsleben, wenn auch ihr Leben andere Formen, Sitten und Gebräuche hat, als der Stadtmensch es gewohnt ist.

Karpows Roman hat als Fabel eine handfeste Liebesgeschichte, wenn man will, sogar mehrere. Der Held des Romans, ein junger Burche, der aus der roten Armee infolge eines Unfalls entlassen wird, kehrt in sein Heimatdorf zurück. Er findet sich nur schwer in jenes halbmittelalterliche Leben, dem er während seiner Dienstzeit in Leningrad völlig fremd geworden ist. Er beginnt ein Verhältnis mit einer jungen Dorflehrerin, ohne rechte Neigung zu ihr zu haben, und „verliebt“ sie. In dem gleichen Reizfall kommt er auch mit einer jungen Dorfschöne, zu der er sich hingezogen fühlt und die ihn liebt. Aber diese Mädchen kann, obwohl es entwickelter ist als die anderen, den durch jene erste Liebschaft entstandenen

Seelenkonflikt nicht anders lösen als durch die Heirat mit einem ungeliebten Mann, einem Quertreiber, der gegen den früheren Rotarmisten infiziert und der seine Braut nach der Hochzeitsnacht verprügelt, weil er ihren „Defekt“ bemerkt, und der am Tage nach der Hochzeit bei einer trunkenen Prügellei, an der das ganze Dorf teilnimmt, umgebracht wird. Der Held unseres Romans wird als Mörder festgenommen und verurteilt, und nur ein Zufall ergibt seine Unschuld: Der wirkliche Mörder wird später von seinem Auftraggeber, einem Dorfwucherer, ermordet, als er mit der Liebsten dieses alten geilen Dorfwucherers im Bett liegt, wird von dem wütenden Alten halbtot geprügelt und denunziert nun aus Rache den Wucherer, der ihn gequält hatte, den Gegner des Rotarmisten bei passender Gelegenheit umzubringen und jenem die Schuld zuzuschreiben. Die Motive des Dorfwucherers aber sind nicht mehr persönliche, sondern soziale. Und hier haben wir den Zusammenhang der Romanel mit jenem Geschehen, das die ganze russische Gesellschaft und damit auch das Dorf gespalten hat, den Zusammenhang mit den Umwälzungen der großen russischen Revolution.

Es ist klar, daß ein guter russischer Roman von heute nicht im luftleeren Raum spielen kann. Karpows Roman spielt auf der realistisch und mit glänzender Beobachtungskraft gezeichneten russischen Erde der Jahre 1927 bis 1928. Im Dorfe ist das Mittelalter noch lebendig. Noch binden uralte Sitten, Gebräuche, Lieder, Lebensarten und Lebensformen die Dorfbewohner. Alle diese Dinge erschaffen lebendig vor uns. Nur ein genauer Kenner, nur jemand, der die Volkssprache sprechen und schreiben kann, vermochte diese Seite des Dorfes so getreu und dabei in so gelungenen künstlerischen Formen zu geben.

Aber das ist nur die eine Seite des Dorfes. Mag sie überwiegen — die große Revolution, die alles auf den Kopf gestellt hat, die den Feudalismus mit eisernem Besen auslegte, ist auch in das hinterwäldlerische Dorf gedrungen. Und der Zusammenstoß des konservativen, rückständigen alten Lebens mit den neuen Formen und den Anforderungen des neuen Lebens, das ist der Inhalt jener Romanel, die wir an dem Einzelschicksal des Helden Sergej Medwedjew verfolgen können.

Hinter diesem Roman steht die Tatsache, daß der Held der Geschichte ein Mensch des heutigen Rußlands ist, ein Mann, der sich in Leningrad in den Ideen des Kommunismus bewegt hat, in seinem Heimatdorf aber in die Barbarei einer um fast drei Jahrhunderte zurückgebliebenen Wirtschaftsform geraten ist, in welche gebieterisch die Schreie des 20. Jahrhunderts hineindringen und die Hände des Sowjetstaates hineingreifen. Gerade dieses doppelte Stoffgebiet, die gut entwickelte Romangeschichte mit ihrem glänzend geschilderten Milieu und das Hineinspielen der durch die Revolution neu entstehenden Probleme, ist von Karpow zu einer Einheit verschmolzen worden, die seinen Roman zu einem ausgezeichneten Werk macht. Schon die Beschreibung der uralten Dorfsitten, der merkwürdigen Gebräuche, der Spinnabende, der Liebesspiele der Burchen und Mädchen, der Hochzeitslieder und -gebräuche, der Arbeitsriten, schon die schönen Naturbetrachtungen würden den Roman weit über den Durchschnitt heben. Die Verknüpfung der gut entwickelten Romanhandlung mit den neuen sozialen Formen, beispielsweise eine ausgezeichnete Wiedergabe der Gerichtsverhandlung, in der Sergej verurteilt wird, macht den Roman zur besten Neuerscheinung russischer Literatur aus den letzten Jahren.

Der Roman ist auch in der Form gut zusammengeschaltet. Die Fabel ist gut komponiert und das Interesse des Lesers bleibt bis zum Schluß wach. Der ausgezeichnete Roman ist als 450-Mk.-Band von der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, in einem geschmackvollen Leinwandband und in sorgfältigem Druck herausgebracht worden.

## Humoristische Ecke.

Dichterritz. Meine Eltern feiern Silberhochzeit. Ein dichterisches Talent in unserer Familie hat ein Gedicht verfaßt, in dem u. a. die Strophe vorkommt:

Ihr habt erreicht das Ziel, das hehre,  
Vier Kinder stehen um euch heut;  
War auch die Arbeit eine schwere,  
So hat sie euch doch nie gereut!

Jungferprobe. Folgendes Inserat erschien im „Freiberger Anzeiger“, einem extrem konservativen Blatte:

Gasthof Seifersdorf.  
Heute Sonntag großer Jungferball.  
Punkt 8 Uhr Jungferprobe.

Drei der Stanzhaftesten erhalten einen schönen Preis.

Hierzu ladet von nah und fern freundlichst ein  
H. Frenzel.

Auf eine Anfrage, was in der Freiberger Gegend unter Jungferprobe zu verstehen ist, gab die Redaktion des „Freiberger Anzeigers“ folgende Antwort:

„Auf Ihre Anfrage geben wir Ihnen die gewünschte Auskunft dahin, daß es sich um einen durchaus harmlosen Vorgang handelte, dem durch die Fassung des Inserats eine allerdings etwas eigenartige Färbung gegeben worden ist. Unter der „Jungferprobe“ hat man einen Wettbewerb der tanztüchtigen Jungfrauen in ihrer beim Tanzen entwickelten Ausdauer verstanden. Die drei Tänzerinnen, die in der Ausdauer ihrer Tanzleistungen die anderen übertrafen, wurden prämiert. Um einen in der dortigen Gegend allgemein üblichen Brauch handelt es sich nicht, aber wir glauben daß derartige Wettbewerbe schon öfter veranstaltet worden sind.“

Selbsterkenntnis. Der Lehrer sagt: Ihr habt nun alle möglichen Haustiere genannt: Pferd, Ochse, Schaf, Hund und Kaze. Kommt ihr denn nicht auf das eine: es hat struppige Haare, ist schmutzig, wälzt sich im Schmutz und treibt sich auf Nachbars Hof herum? Nun, Fröhchen? — Fröhchen: Das bin ich.

## Literarisches.

Ratgeber für die Jugendfürsorge, gemeinverständlicher Führer durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das Jugendgerichtsgesetz und das Eltern- und Kinderschutzrecht des BGB. von Hans Rütger und Rich. Heinze, Obersekretäre beim Stadtyugendamt Herne i. W., 44 Seiten. Verlag Friedrich U. Wödel, Leipzig C 1, Königsplatz 26B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen. — Die beiden Verfasser erläutern die wichtigen Fragen des Jugendrechts: Die Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes über den Schutz der Pflegekinder und der unehelichen Kinder, die Schulaufsicht und die Fürsorgeerziehung, wie die Jugendgerichtshilfe nach die Vorschriften des BGB. über elterliche Gewalt, Vormundschaft, Pflegehelfer, Änderung der rechtlichen Stellung und des Personenstandes des Kindes. Die Bestimmungen über religiöse Kindererziehung vervollständigen das empfehlenswerte Werk.